

# **b** unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

## Gentechnik: Bleibt uns vom Acker!



### Agrarreform

Der wissenschaftliche Beirat hat sein Plädoyer für eine neue Politik für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume vorgelegt. Was davon zu halten ist erklärt der Abl-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf im Interview. **Seiten 4 und 5.**

### Gentechnik

Das Gentechnikgesetz wird vor dem Bundesverfassungsgericht geprüft. Die Gentec-Kartoffel Amflora wird ohne Anbauregeln vermehrt. Die Reinheit des Saatguts ist von Kontamination bedroht. Die Gentechnik-Bewegung zeigt Stärke **Seiten 3, 12, 13 und 14.**

### Agrar-Geschichte

Bodenreform, Enteignung, Rückgabe. Komplizierte Sachverhalte. Über Jahrzehnte entstanden, von Krieg und Besetzung beeinflusst. Onno Poppinga erklärt die Zusammenhänge und stellt klar: Für eine Bodenreform gab es gute Gründe **Seiten 18 und 19.**

<b>Die Seite 3</b>	
<b>Biomasse</b> .....	3
<b>Agrarpolitik</b>	
<b>Professorengutachten für weitere Industrialisierung</b> .....	4
<b>Beirat für Liberalisierung</b> .....	5
<b>Milch</b>	
<b>Kartellamt hörte Verbände an</b> .....	6
<b>Dem Ziel so nahe und doch verfehlt</b> .....	7
<b>Bewegung</b>	
<b>Wir werben mit Wirklichkeit</b> .....	8
<b>Märkte</b>	
<b>Die Hähnchenblase</b> .....	10
<b>600.000 Legehennen</b> .....	11
<b>Schwerpunkt</b>	
<b>Gentechnikgesetz vor Gericht</b> .....	12
<b>Anbauregeln für Amflora</b> .....	12
<b>Nulltoleranz für Saatgut muss bleiben</b> .....	13
<b>Nachbau</b>	
<b>Nachbau wieder vor Bundesgerichtshof</b> .....	15
<b>Finanzen</b>	
<b>Mehrgefahrenversicherungen</b> .....	16
<b>Kontoauszüge sind Sparbücher</b> .....	17
<b>Agrargeschichte</b>	
<b>Für Bodenreformen gab es gute Gründe</b> .....	18
<b>Hofportrait</b>	
<b>Auf der Flucht vor der Stadt: Zu Besuch bei Saidou Cisse</b> ...	20
<b>Weitere Themen</b>	

Aus Stall, Feld und Umfeld: zu Besuch bei Matthias Stührwoldt und Marcus Nürnberger, Seite 9; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

Wenn die Europäische Kommission in den nächsten Wochen ihre Vorschläge für eine neue Regulierung der Agro-Gentechnik präsentiert, dann wird dies für die Gentechnik-kritische Bewegung in der EU ein Grund zum Feiern sein. Denn wir haben sie seit Jahren vor uns her getrieben. Die Mitgliedsländer oder die Regionen (in Deutschland die Bundesländer) werden mehr Selbstständigkeit bekommen. Ob ein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in den Grenzen eines Landes oder einer Region stattfinden darf, wird dann nicht mehr in erster Linie in Brüssel entschieden. Die Kommission hatte im Mai bereits einen ersten Schritt getan, als sie eine Frist verstreichen ließ, in der sie dem Verbot von Gentechnik-Anbau auf der portugiesischen Insel Madeira hätte widersprechen müssen. In dem Madeira-Fall ließ die Kommission vor allem Gründe des



## Kommentar

### Widerstand ist vielfältig

unmöglichen Nebeneinander von GVO und Nicht-GVO passieren. Daran wird allerdings deutlich, dass der Fisch, den die Kommission zu Markte trägt, stinkt. Denn

gerade die Regelungen der so genannten Koexistenz müssen Teil des EU-weiten Zulassungsverfahrens für Gentech-Pflanzen werden. Sie gegebenenfalls zum Spielball von Mehrheiten in den Mitgliedsländern der EU zu machen, birgt die Gefahr von Grundkontaminationen. Man stelle sich vor, eine Regierung kann in einem x-beliebigen europäischen Land für eine Legislaturperiode die Koexistenzregeln runterschrauben. Soll deren Nachfolgerin dann die Kontaminationen per Gesetz verbieten? Verunreinigungen mit gentechnischem Material haben in der Vergangenheit so oft stattgefunden, dass wir uns auch in Zukunft an dieser Stelle nichts vormachen lassen dürfen.

Die Kommission erhofft sich weniger Widerstand von EU-Mitgliedsländern wie zum Beispiel Österreich, Griechenland oder Ungarn, wenn es um die Anbauzulassungen der Gentech-Gewächse geht. Ein Geschäft – regionale Selbstbestimmung gegen schwache Zulassungsverfahren – darf aber nicht zustande kommen. Darauf zu achten, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gentechnik-kritischen Bewegung in den nächsten Monaten – in Deutschland, wie in ganz Europa. Wir haben es mit guten Argumenten geschafft, dass bis in die höchsten Gremien der Europäischen Union, wie zum Beispiel dem Rat der Umweltminister, massive Zweifel an dem Zulassungsverfahren für GVO laut wurden. Daran gilt es weiterhin anzuknüpfen. Die Gentechnikkonzerne wollen eine solche Auseinandersetzung auf keinen Fall, das haben sie mehrfach unter Beweis gestellt. Im letzten Jahr beispielsweise beklagten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den USA, dass zu vielen Fragen, die die Gentech-Pflanzen betreffen, eine „wirklich unabhängige Forschung“ nicht möglich sei: Mit ihren Patenten haben die Konzerne die vorurteilsfreie Untersuchung der gentechnisch veränderten Pflanzen in den Staaten systematisch unterdrückt. Jeder Verweis auf die Sicherheit der Gentech-Gewächse wird damit hinfällig.

Bisher ist die EU-Kommission und allen voran die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA den Bewertungen der Monsanto's dieser Welt in der Regel gefolgt. Wie diese Bewertungen zustande gekommen sind, welche Fragen nicht gestellt werden durften und welche Methoden unterdrückt wurden – das wird erst langsam sichtbar, hat die EU-Verwaltung aber nicht interessiert.

Zuletzt hat sich das bei der Zulassung der BASF-Gentech-Kartoffel Amflora gezeigt, die trotz eines vierzehn Jahre währenden Verfahrens nicht ausreichend untersucht wurde. Eine Koalition aus Umwelt-, Naturschutz- und bäuerlichen Verbänden, die Aktion GEN-Klage, lässt sich dieses Gebahren der Kommission – sie hält die Fäden bei den Verfahren in der Hand – nicht länger gefallen. Die Verbände haben im Mai Klage gegen die Amflora-Zulassung erhoben. Ein weiteres Werkzeug in unserem Kampf für eine dauerhaft gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft. Genau darin liegt die Stärke unserer Bewegung: Vielfalt! Widerstand vor Ort, in Berlin und Brüssel und, wenn es sein muss, eben auch vor Gerichten. Überall mit guten Argumenten.

Die Gentechnik-Befürworter versuchen ihrerseits mit einem Gerichtsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu punkten. Bereits 2005 hatte die Landesregierung von Sachsen-Anhalt diesen Weg beschritten, um gegen das unter Rot-Grün verabschiedete Gentechnikgesetz vorzugehen. Da dieses Gesetz längst von der Europäischen Union akzeptiert ist, erscheint das Festhalten an diesem Strohalm wie ein Eingeständnis der Verzweiflung des willfährigen in die Parlamente und Regierungen verlängerten Armes der Gentech-Lobby.

*Christoph Potthof*

*ist Biologe beim Gen-ethischen Netzwerk und Redakteur beim GID*

## Impressum

**b** unabhängige  
**bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;  
**Redaktion:** Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/ Aboverwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520  
**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**  
**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)  
**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

# Biomasse!

## Die Visionen des Bioökonomierats der Bundesregierung

**B**ioökonomie, genauer gesagt „wissensbasierte Bioökonomie“, ist ein neues Schlagwort, das seit einiger Zeit in den Politik-Werkstätten von Berlin bis Brüssel hoch im Kurs steht. Es hat wenig damit zu tun, wie Ökonomie „bio“, oder gar Bio-Landwirtschaft ökonomisch wird, sondern umschreibt eher eine Strategie des endgültigen Durchgriffs der Industrie auf die Landwirtschaft. Präsentiert wird sie als zwingendes Gebot der Nachhaltigkeit und wissenschaftlichen Vernunft in Zeiten des Klimawandels und als unausweichlicher Fortschritt auf einem globalen Markt. Agrarsprit und Gentechnik, „grüne Fabriken“ und Bio-Raffinerien, nachwachsende Rohstoffe und Spezialchemie vom Acker verweben sich zu einem als reine Technologie-Entwicklung beschriebenen Konzept radikal veränderter Landnutzung, in dem Bauern nur noch am Rande vorkommen und der Anbau traditioneller Lebensmittel eher als lästige Pflicht erscheint.

### Unabhängige Experten?

„Die Anforderungen des Klimaschutzes, die steigende Kaufkraft und Nachfrage nach Nahrungsmitteln in Schwellenländern mit wachsenden Bevölkerungen ebenso wie die steigenden Rohölpreise haben dazu geführt, dass Agrarrohstoffe ökonomisch, aber auch im Bezug auf die nachhaltige Produktion verstärkt im Fokus stehen. Damit haben sich auch neue Märkte für biobasierte Produkte entwickelt. Die Fortschritte in der Biotechnologie und Gentechnik haben gleichzeitig vollkommen neue Möglichkeiten im Lebens- und Futtermittelbereich eröffnet, welche entscheidende Antworten auf die sich stellenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und klimatischen Veränderungen geben können.“ Mit diesen Worten beginnen „Erste Empfehlungen zum Forschungsfeld Bioökonomie in Deutschland“, die der deutsche Forschungs- und Technologierat Bioökonomie aus „unabhängigen Experten“ im Sommer letzten Jahres vorlegte. Finanziert wird er von Forschungsministerin Annette Schavan, die von ihm zum Herbst diesen Jahres Empfehlungen für neue Forschungsschwerpunkte und -strukturen und nichts Geringes als eine „nationale Biomasse-Strategie“ erwartet. Angesiedelt ist der Bioökonomierat bei der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften (acatech), die zu zwei Dritteln von der Privatwirtschaft und zu einem Drittel aus Steuermitteln finanziert wird und sich selbst als Interessensvertreterin der Technikwissenschaften bezeichnet. Ihr Präsident, Reinhard Hüttl vom Geoforschungszentrum Potsdam, ist zugleich Vorsitzen-

der des Bioökonomierates, dessen Mitglieder die acatech auswählt.

### Industrie, DBV, Weltbank

Neben Vertretern von Großunternehmen wie BASF, Dow Chemical, KWS, RWE und dem Investment-Unternehmen One-Equity, sind dies Leiter staatlicher Forschungsinstitute, Gentechniker und Biotechnologen sowie der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes Helmut Born. Hinzu kommen mit Joachim von Braun, bisher Direktor des Instituts für Ernährungspolitik der Weltbank (IFPRI), und dem ehemaligen Leiter der Abteilung Biotechnologie der EU-Kommission, Christian Paterman, zwei ausgewiesene Strategen der Agro-Gentechnik. Paterman hatte in seiner EU-Zeit bereits ein Manifest zur „wissensbasierten Bioökonomie“ initiiert. Ein wenig böswillig



Die ehrenwerten Herren und Damen des Rats aus Industrie, Unternehmen und Banken.

könnte man sagen: Die Regierung finanziert mit 2 Millionen Euro ihre eigene Industrie- und Gentechnik-Lobby und räumt ihr im Koalitionsvertrag zudem einen exklusiven Platz ein. „Mit der Unterstützung des Bioökonomierates werden wir eine international wettbewerbsfähige Strategie zu einer wissensbasierten Bioökonomie erarbeiten und umsetzen. Wissenschaft, Wirtschaft und Landwirtschaft brauchen klare Signale für die Forschung an gentechnisch veränderten Pflanzen und deren Einsatz auf der Grundlage des geltenden Rechts. Die grüne Gentechnik kann einen Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers leisten“, steht dort zu lesen. „Die wissensbasierte Bioökonomie kann man somit als Umsetzung des Wissens aus den Lebenswissenschaften in neue, nachhaltige, umweltverträgliche und konkurrenzfähige Produkte definieren“, erläuterte die Ministerin auf eine Anfrage im Bundestag. Auf Fischer, Förster, Biobauern, Umwelt- und Natur-

schützer, Verbraucher und andere Vertreter der Zivilgesellschaft könnten die mit anderen Gremien exzellent vernetzten Wissenschaftler verzichten, da sie „aufgrund ihrer wissenschaftlichen und beruflichen Erfahrungen über ein breit gefächertes und fachübergreifendes Wissen in zahlreichen der genannten Bereiche“ verfügten.

### Gentechnik, Klone, Stammzellen

In seiner ersten Stellungnahme forderte der Rat neben der „Etablierung übergeordneter Forschungsstrukturen im Bereich Bioökonomie“, mehr Forschungsmitteln, Steuererleichterungen, internationalem Wissenstransfer und „Exzellenz“-Nachwuchs vor allem eine weitgehende Überarbeitung des Gentechnikgesetzes und die zügige Schaffung von Akzeptanz für neue Technologien, um Investitions-

entscheidungen von Großunternehmen nicht negativ zu beeinflussen. Dies betreffe auch das Klonen von Tieren, Stammzellforschung, artgerechte Tierhaltung und Nachhaltigkeitskriterien beim Import von Biomasse.

„Der Rat spricht sich deshalb dafür aus, Rechtssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen von der Forschung bis hin zur Zulassung und Vermarktung einschließlich transparenter Verbraucherinformationen zu schaffen, um eine verantwortungsbewusste Weiterentwicklung und Anwendung neuer Technologien zu ermöglichen. Politische Entscheidungen sollten dabei wie in vergleichbaren Bereichen der Lebenswissenschaften oder Energieforschung auf Basis unabhängiger wissenschaftlicher Bewertungen und mit einer langfristigen Perspektive getroffen werden.“ Was damit gemeint ist verdeutlicht eine Presseerklärung der acatech während der laufenden Koalitionsverhandlungen. „Demokratische Politik

kann die Meinung der Wähler nicht ignorieren. Sie ist aber auch dafür mitverantwortlich, dass die Wähler Fakten zur Kenntnis nehmen. Sie hat eine Aufklärungsaufgabe, bei der die Wissenschaft sie unterstützen muss.“ Ihr Bioökonomierat verwies flankierend auf seine Empfehlungen.

### Landwirtschaft unerwähnt

Um bei allem wissenschaftlichen Gestus keinen Zweifel an seiner Wirtschaftsmacht aufkommen zu lassen, rechnen die Herren (und zwei Frauen) Räte hoch, dass sie eine der größten und wachstumsstärksten Branchen der EU vertreten. Atemberaubende 1,6 Billionen Euro setze die europäische Bioökonomie jährlich um: 800 Milliarden in Lebensmittelindustrie und -handel, 400 in der Papierindustrie, 150 in der Forstwirtschaft und 50 in der Chemieindustrie. Der Landwirtschaft bleiben in dieser Potenz-Rechnung 210 Milliarden oder 13 Prozent. Mit 15 von 22 Millionen stellt sie freilich fast 70 Prozent der Arbeitsplätze. Dies ist übrigens die einzige Stelle in den gesamten Empfehlungen, an der das Wort „Landwirtschaft“ auftaucht, „Landwirt“ und „Bauer“ kommen überhaupt nicht vor, „Landschaft“ nur als Teil des Wortes „Forschungslandschaft“. „Wirtschaft“ und „Wachstum“ finden sich dagegen im Überfluss. Um die Erhaltung des Wachstums durch Überfluss dreht sich auch die skizzierte Biomasse-Vision. „Um Flächenkonkurrenzen zwischen den Verwendungsarten zu vermeiden, muss das Angebot an Biomasse grundsätzlich gesteigert werden. Dazu bedarf es erheblicher Forschungsanstrengungen, aber auch neuer Formen der Bewirtschaftung.“ In Vorwegnahme der neuen Prioritäten aus Sicht der Industrie heißt es auf der Webseite des Bioökonomierates: „Biokraftstoffe sind einer steigenden Konkurrenz durch die Nahrungs- und Futtermittelproduktion ausgesetzt. Gleichwohl sind moderne Bioraffinerien in der Lage, verschiedene Produkte auf Basis desselben Grundstoffes zu produzieren.“ Gewissermaßen nach Tageskurs könnte dann die verarbeitende Industrie und ihre integrierte Wertschöpfungskette diese Rohstoffe als Lebensmittel, Treibstoff oder Energie auf den Markt werfen. Vielleicht sollten, bevor Frau Schavan und Frau Aigner im Herbst die Biomasse-Strategie ihrer Experten entgegennehmen und in die Tat umsetzen, doch noch ein paar andere Visionen von einer Bioökonomie mit bäuerlicher Vernunft und einer Biomasse-Strategie mit menschlichem Antlitz bedacht und diskutiert werden?

Benny Haerlin  
Zukunftsstiftung Landwirtschaft

# Professoren-Gutachten für weitere Industriearisierung

Der AbL-Vorsitzende übt deutliche Kritik an den Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats zur EU-Agrarpolitik

**Bauernstimme:** Die 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisieren die heutigen Direktzahlungen der EU als zu unspezifisch, ja sogar als unwirksam in Bezug auf zentrale gesellschaftliche Ziele. Sie empfehlen den schrittweisen Abbau der Direktzahlungen. Ist das Rückendeckung für die AbL?

Graefe zu Baringdorf: Das ist wohl eher eine professorale Irreführung. Herr Isermeyer als Vorsitzender des Beirats und seine Kolleginnen und Kollegen greifen die jahrzehntelange Kritik an ungestaffelten EU-Zahlungen zwar auf. Aber nun logischerweise unserer Forderung beizutreten, die Zahlungen endlich wirksam sozial und ökologisch zu staffeln, lehnen sie ab. Im Klartext fordert der Beirat also eine lineare Kürzung und trifft damit die bäuerlichen Betriebe am stärksten.

**Aber bisher profitieren rationalisierte, flächenstarke Ackerbaubetriebe doch am meisten von den Direktzahlungen. Die Kürzung würde diese Betriebe also am stärksten treffen. Wird es dann nicht fairer?**

Nein, denn entscheidend für die Wettbewerbsverzerrung zwischen den Betrieben ist nicht die absolute Höhe der Zahlungen, sondern das Verhältnis. Rationalisierte Ackerbaubetriebe erhalten heute umgerechnet bis zu 120.000 Euro pro Arbeitskraft im Jahr, während bäuerliche Betriebe bei einem Zehntel davon landen. Würden die Zahlungen linear um die Hälfte gekürzt, bekämen die rationalisierten Betriebe immer noch das Doppelte ihrer Lohnkosten von Brüssel überwiesen, während die bäuerlichen Betriebe den Kopf dann ganz unter Wasser haben. Nur eine degressive Staffelung mit Berücksichtigung vorhandener Arbeitskräfte der Betriebe beendet die jetzt bestehende Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der bäuerlichen Landwirtschaft.

**Nach Auffassung des Beirats kommt der Großteil der Zahlungen aber nicht den Betrieben zugute, sondern ein wachsender Teil werde von den steigenden Pachtpreisen aufgefressen, also an die Grundeigentümer weitergereicht. Wenn die Direktzahlungen sinken, fallen die Pachtpreise tendenziell, sagt der Beirat. Also alles nicht so schlimm?**

Tendenziell haben kleinere Betriebe einen geringeren Pachtflächenanteil als flächenstarke Betriebe. In der Lo-

gik des Beirates würden große Betriebe eine lineare Kürzung also durch fallende Pachtpreise ausgleichen können, während die Betriebe mit einem hohen Eigenlandanteil echte Verluste erleiden. Das unterstreicht noch mal, dass eine lineare Kürzung die Betriebe sehr unterschiedlich trifft. Aber wenn die Logik des Beirats stimmt, wäre es für die flächenstarken Betriebe ja auch kein Problem, eine starke Staffelung der Direktzahlungen zu tragen, weil bei ihnen die Pachtpreise danach am



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender

Foto: Baringdorf

meisten sinken müssten. Also entweder hat der Beirat die Dinge nicht zuende gedacht, oder er versucht, Leute bewusst in die Irre zu führen.

**Klimaschutz, Erhaltung der biologischen Vielfalt und Entwicklung ländlicher Räume. Das sind auch aus Sicht des Beirats zentrale Herausforderungen für die Landwirtschaft. Er sieht hier „großen Reformbedarf“ in der Agrarpolitik. Stimmen Sie denn da überein?**

Die genannten Probleme sind ja nicht neu. Sie hängen untrennbar mit der Rationalisierung und Industrialisierung in Teilen der Landwirtschaft zusammen. Die ölgesteuerte Landwirtschaft ist Mitverursacher des Klima-

wandels. Notwendig ist also die globale Entwicklung hin zu einer solargestützten bäuerlichen Landwirtschaft. Im Ackerbau heißt das vielgliedrige Fruchtfolgen mit einem hohen Anteil Leguminosen, die energieaufwendigen Mineraldünger ersetzen und Kohlenstoff als Humus in den Boden einlagern. Also müssen die Direktzahlungen an eine solche Ökologisierung der Fruchtfolge gekoppelt werden. Das lehnt der Beirat aber ab. Er will den Klimaschutz im wesentlichen auf den „unproduktiven“ Teil der Flächen

gang der ökologischen Vielfalt bei den Kulturpflanzen einfach als systemimmanent ansetzt. Die ganze Argumentation zielt darauf ab, die Landwirtschaft für die Produktion agrarischer Rohstoffe von den zentralen gesellschaftlichen Anforderungen freizuhalten, um sie weiter zu rationalisieren und ganz den Interessen der Industrie unterzuordnen. Damit wird alles aufs Spiel gesetzt, was die bäuerliche Landwirtschaft in Jahrhunderten an Kulturleistungen erbracht hat, die ja auch aktuell als gesellschaftliche Forderungen an die gesamte Landwirtschaft unumstritten sind.

**Was schlägt die AbL vor?**

Es geht darum, die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung in ihrem Kern so zu entwickeln, dass sie in der Erzeugung von Lebensmitteln insgesamt einen aktiven Beitrag zur Lösung der Probleme leistet. Deshalb hat die Forderung einer Mindest-Fruchtfolge mit einem Leguminosen-Anteil von 20 Prozent und einem maximalen Anteil einer Frucht von 50 Prozent an der Ackerfläche so eine Sprengkraft. Das bringt einen substantiellen Fortschritt für den Klima-, Natur- und Umweltschutz und auch für die heimische gentechnikfreie Eiweißversorgung in der Tierhaltung.

**Aber dann ist das oberste Ziel des Beirates in Gefahr, die europäische Landwirtschaft international wettbewerbsfähig zu halten.**

Im Wettbewerb um Qualität im Sinne von ökologischer Prozessqualität würde die europäische Landwirtschaft erheblich gewinnen.

**Aber zu deutlich höheren Preisen.**

Zu ehrlicheren Preisen, denn die gesellschaftlichen Folgekosten einer industrialisierten Landwirtschaft sind weit höher als die Preissteigerungen, die mit der flächendeckenden Ökologisierung durch eine bäuerliche Landwirtschaft verbunden sind. Die ölabhängige Agrarproduktion hat ohnehin keine Zukunft, nicht in Europa und weltweit schon gar nicht. Das zeigt der Klimawandel. Wir kommen also in Europa als auch international um eine grundlegende Reform der Agrarpolitik nicht herum. Je früher und je konsequenter wir damit beginnen, desto mehr Folgekosten und mögliche Klimakatastrophen bleiben uns allen erspart.

Vielen Dank für das Gespräch

uj

# Beirat für Liberalisierung

Wissenschaftler-Gutachten zur EU-Agrarreform

Unter dem Vorsitz von Prof. Folkhard Utermeyer hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik des Bundesministeriums BMELV Anfang Mai sein „Gutachten zur EU-Agrarpolitik nach 2013“ vorgelegt. Darin bezeichnen die 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die bisherige EU-Agrarpolitik als „Schutz- und Verteilungspolitik für den heimischen Agrarsektor“, obwohl sie feststellen, dass die Agrarstrukturen in den vergangenen Jahrzehnten sich „stark verändert“ haben. An die Stelle der vermeintlichen „Schutzpolitik“ solle eine „gestaltende Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ treten, die in „übergreifende Politikfelder wie Naturschutz, Klimapolitik“ und anderes „einzubetten“ sei.

## International wettbewerbsfähig

Der Beirat empfiehlt, den eingeschlagenen Kurs der Liberalisierung der Agrarmärkte fortzusetzen. Es habe sich gezeigt, „dass die europäische Landwirtschaft im Großen und Ganzen international wettbewerbsfähig ist, wenngleich mit Produktionsmethoden, die von Teilen der Bevölkerung kritisiert werden“. Auf diesen Widerspruch gehen die Wissenschaftler nicht weiter ein bzw. verlagern die Verantwortung für den Ausgleich der negativen Folgen auf andere Politikbereiche wie den Natur-, Klima- oder Ressourcenschutz.

An den Direktzahlungen der EU an die landwirtschaftlichen Betriebe lässt der Beirat kein gutes Haar. Er hält diese flächendeckenden Zahlungen in Bezug auf alle aktuellen Herausforderungen für nicht zielführend. Für die Jahre 2014 bis 2020 schlägt er eine „schrittweise Reduzierung“ vor, die zur Halbzeit 2017/18 überprüft und ggf. z.B. an Agrarmarktentwicklungen angepasst werden soll. Konkrete Kürzungsvorschläge nennt der Beirat nicht.

## Geld ohne Leistungen

Obwohl der Beirat damit für Direktzahlungen einen möglicherweise langen Übergangszeitraum zugesteht, lehnt er eine Bindung der Zahlungen an die Erbringung gesellschaftlich gewünschter und nicht marktfähiger Leistungen ab, wie sie von vielen Verbänden, anderen Wissenschaftlern und Politikern gefordert wird. Vielmehr schlägt er vor, selbst die bestehende Bindung der Zahlungen an die Einhaltung von Gesetzen (Cross Compliance) sofort abzuschaffen.

„In den meisten Regionen würde die Landbewirtschaftung auch bei einem schrittweisen Rückbau der Direktzahlungen fortgeführt werden“, schätzt der Beirat ein, „und für die Regionen, in de-

nen dies nicht der Fall wäre, steht in der 2. Säule der GAP die Ausgleichszulage zur Verfügung, die ggf. aufgestockt werden könnte“.

## Ganze Kette fördern

Auf lange Sicht schwebt dem Beirat eine grundsätzlich andere Ausrichtung der Agrarpolitik vor. Bezogen auf die Produktion empfiehlt er, nicht mehr einzelne Betriebe z.B. für eine bestimmte Qualitätsproduktion zu fördern, sondern gleich ganze „leistungsfähige Wertschöpfungsketten“. Es sollen „stufenübergreifende Konzepte zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelqualität“ etabliert und unterstützt werden. Dabei spricht der Beirat von der „Vision eines intensiven, lückenlosen Informationsaustausches zwischen den einzelnen Gliedern der Lebensmittelkette“.

So will der Beirat auch die bisherige Investitionsförderung stark ändern. Sie soll langfristig als „Innovationsförderung“ nur noch solchen Betrieben gewährt werden, die neue Techniken einsetzen und sich in wissenschaftliche Begleitforschungen einbinden lassen. Die Förderprogramme sollten nicht mehr auf Ebene der Bundesländer, sondern auf Bundesebene angesiedelt werden, damit eine „notwendige kritische Masse“ erreicht und „unkoordinierte Parallelstrukturen“ vermieden werden. Sowohl im Klimaschutz als auch beim Naturschutz und der Ländlichen Entwicklung spricht sich der Beirat deutlich gegen einen bisherigen flächendeckenden Ansatz aus. Der Beirat empfiehlt, jeweils auf möglichst hoher Ebene (beim Klima auf EU-Ebene) festzulegen, wo welche Maßnahmen erfolgen sollen. Der Beirat nennt das offen „Top-down-Strategie“ (von oben nach unten).

Das sei zielführender, „als wenn jeder Landwirt einen bestimmten Anteil seiner Betriebsfläche ‚ökologisieren‘ müsste und über die Auswahl dieser Flächen selbst entscheiden könnte“, so der Beirat. Der Beirat will daher in der 2. Säule auch die Mindestanteile z.B. von Agrarumweltmaßnahmen an den Ausgaben kippen. (Link zum Gutachten: [www.bmelv.de/beirat\\_agrarpolitik\\_gutachten](http://www.bmelv.de/beirat_agrarpolitik_gutachten))

uj

Kurzes am Rande

## Agrarminister wollen am Kurs festhalten

„Wir sind zu einer einheitlichen Position gekommen“, sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner am Ende der Agrarministerkonferenz in Plön vor der Presse. Vom 28. bis zum 30. April tagten die Agrarminister von Bund und Ländern sowie deren Staatssekretäre im Plöner Schloss. Das Hauptthema war die anstehende EU-Agrarreform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). „Das europäische Landwirtschaftsmodell hat sich bewährt“, ist in dem Abschlussprotokoll zu lesen, und der eingeschlagene agrarpolitische Weg „zur Stärkung der Marktorientierung der GAP und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe“ solle fortgesetzt werden. Weder wollen sich die Agrarminister auf EU-Ebene für Marktregeln einsetzen, die die Verhandlungsposition der Erzeuger stärken, noch soll an der derzeitigen Ausgestaltung der Agrarzahllungen gerüttelt werden. Mit diesem Grundtenor wird Aigner weiter in den Verhandlungen mit ihren Kollegen aus anderen EU-Staaten auftreten. Till Backhaus, Landwirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern, hat während der Pressekonferenz einen anderen Kurs in der Agrarpolitik gefordert und gesellschaftliche Anliegen erwähnt, aber gegenüber seinen Kollegen nicht durchgesetzt. bet

## EU-Minister lehnen Handelsgespräche ab

Mehr Hüftsteaks oder Hähnchen aus Südamerika auf dem europäischen Markt kann die heimischen landwirtschaftlichen Preise noch weiter nach unten drücken. Deshalb lehnten zehn EU-Agrarminister Verhandlungen mit den sogenannten Mercosur-Ländern Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay ab, kurz nachdem Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso die Gespräche eröffnet hatte. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner sprach sich hingegen für weitere Freihandelsgespräche aus. bet

## Bauern fordern neue Agrarpolitik

Rund 400 Bäuerinnen und Bauern haben anlässlich der jüngsten Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern in Plön demonstriert. Drei Tage lang waren vor allem die Milchbauern des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter (BDM) vor Ort und haben mit kreativen Aktionen auf einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik gedrängt. Dafür schwammen etwa medienwirksam Faironikas auf dem Plöner See. Alle Staatssekretäre und Agrarminister mussten auf dem Weg zur Konferenz im Plöner Schloss an den Bauern vorbei und wurden mit einem Glas Milch und Forderungen für faire Marktregeln begrüßt. Von dem Deutschen Bauernverband (DBV) kamen für einen Tag zwei Busse mit Bauern angefahren. Sie standen dort mit den Schildern: „Agrarpolitik mit einer Stimme“. Auf diese ging Bernd Voß vom ABL-Bundesvorstand in der Kundgebung ein: „Wir wissen doch seit Jahrzehnten, wo uns das hinführt: In die Industrialisierung der Landwirtschaft und in die internationale Monopolisierung der Märkte.“ Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft begrüßten die Teilnehmer aus der Politik mit Gesprächen und dem Banner: „Keine Agrarpolitik auf unsere Kosten“. Ebenfalls Reformbedarf forderten in Plön auf Initiative des BUND das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ und außerdem Brot für die Welt in Schleswig-Holstein. bet



Georg Janßen (ABL) spricht auf der Kundgebung des BDM

Foto: Kohnert

## BDM kündigt Berufung gegen Urteil an

Wegen der Demonstrationen im Rahmen des Milchlieferstopps 2008 vor der Müller-Tochter Sachsenmilch verklagte das Landgericht Bautzen am 30. April den BDM, den Landesbauernverband Brandenburg und einzelne Milcherzeuger zur Schadensersatzzahlung aufgrund wirtschaftlicher Einbußen für die Molkerei. Die aus entgangenem Gewinn und entstandenen Zusatzkosten zusammengesetzte Summe, die Sachsenmilch bisher auf 620.409 € beziffert hatte, soll in einem zweiten Teilurteil festgelegt werden. Das Landgericht will dazu ein Gutachten einholen. Weiter verbietet das Urteil zukünftige Blockaden, da es sich um eine verbotene Geschäftsschädigung und keine Demonstration handele. Andernfalls drohen Ordnungsgelder von bis zu 250.000 €. Der BDM unterstreicht, dass die Milcherzeuger damals annehmen mussten, dass die Demonstration vor Leppersdorf rechtmäßig war, weil die Polizei sie ungehindert gewähren ließ. Auch von Seiten der Geschäftsführung von Sachsenmilch habe es keinen Versuch gegeben, mit den Milcherzeugern zu sprechen, um einen möglichen finanziellen Schaden abzuwenden. Der BDM kündigte an, Berufung einzulegen. *pm*

## Faire Milch-Spende sucht Nachahmer

Ganze 700 Liter „faire Milch“ spendeten die Peißenberger Gemeindegewerke im bayrischen Landkreis Weilheim an umliegende Kindergärten und Schulen. Abler Hartmut Ebentheuer, selbst Milchbauer und BDM-Ortsvertreter: „Durch die Aktion wollen wir Verbraucher auf die faire Milch aufmerksam machen.“ In der Umgebung seien schon viele kleine Geschäfte, auch eine Metzgerei und eine Gaststätte, für das Produkt gewonnen. Zu Beginn stand eine Anfrage des BDM an die Gemeinderätin Petra Bauer, ob sich die Gemeinde finanziell beteiligen würde. Die dahinter stehende Milchvermarktungsgesellschaft sei eine der wenigen, die den Erzeugern angemessene Preise zahle, wurde in der Gemeinderatssitzung argumentiert. Verschiedene Gründe sprachen gegen eine direkte Kostenübernahme. Ein Vorschlag, der schließlich Zustimmung fand, kam von SPD-Fraktionsprechers Peter Blome. Danach übernehmen die Gemeindegewerke, von denen einige Bauern Strom beziehen, die einmalige Milchgeld-Spende in Höhe von 700 Euro. Am 20. Mai wurde die Aktion in Peißenberg öffentlich präsentiert. Um sich über die Aktion zu informieren, waren zahlreiche Nachbargemeinden eingeladen. *ch*

## Bauern und Bürger

Das Tübinger Milchwerk im Allgäu soll geschlossen werden. Damit wollen sich die beteiligten Landwirte und Verbraucher nicht abfinden. Die Stadtmolkerei vermarktete seit mehreren Jahren die Biomilch „Unsere Kleine Molkerei“ aus der Region. Vier der liefernden Bioland Bauern aus Tübingen und Umgebung wollen nun eine neue gemeinsame Bauernmolkerei aufbauen, so Bioland Baden-Württemberg. Produktionsstart soll Anfang 2011 sein. Die Idee: An der Finanzierung von 800 000 Euro für Abfüll- und Verpackungsmaschinen sollen sich die Verbraucher beteiligen. Über „Genussrechte“ könnten sie das ungewöhnliche Projekt unterstützen. Für eine konkrete Umsetzung sei eine Bürgerbeteiligung von 300 000 Euro notwendig. Das Vorhaben stößt auf Zustimmung bei Verbrauchern und Firmen, die bereits 150 000 Euro zugesagt hätten, so Bioland-Geschäftsführer Matthias Strobl. Über die Bürgerbeteiligungen entsteht eine sehr moderne Form der „Stadt-Land-Partnerschaft“, die sich auch auf andere Regionen und Projekte übertragen lasse. *mh*



Wenn die Macht der Molkereien gebrochen wäre.

Foto: ©BLE, Bonn/Stephan

# Kartellamt hörte Verbände an

Begrenztes Preisdiktat durch Handel. Macht der Molkereien im Fokus

Zwei Tage lang, am 11. und 12. Mai, hat das Bundeskartellamt verschiedene Verbände und weitere Experten zur Situation am Milchmarkt angehört. Dabei ging es den Mitarbeiterinnen des Kartellamts darum, noch offene Fragen aus ihrem Zwischenbericht zur laufenden Sektoruntersuchung Milch zu beantworten. Der Zwischenbericht war Anfang Januar veröffentlicht worden (*Bauernstimme* berichtete). In der Anhörung wurde deutlich, dass das Kartellamt an seiner grundsätzlichen Einschätzung festhält, dass die Milchbauern im Milchmarkt die schwächste Position haben, und dass den Milcherzeugern deshalb eine wirksame Bündelung, wie es die Gesetze ermöglichen, zu empfehlen ist.

Am ersten Tag der Anhörung stand die Marktmarkt des Lebensmitteleinzelhandels und sein Einfluss auf die Milchpreise im Vordergrund. Von den Molkereien war an dem Tag nur Theo Müller, Chef von Müller-Milch, erschienen. Der differenzierte, indem er bei Markenprodukten den Handel nicht in der Übermacht sah, während bei Handelsmarken und austauschbaren Lieferanten der Handel eine bessere Verhandlungsposition habe. Das hatte auch das Kartellamt schon in seinem Zwischenbericht so geschrieben. Nach Ansicht Stefan Genth's, Geschäftsführer des Handelsverbandes HDE, hätten die Molkereien genügend Ausweichmöglichkeiten am Markt, denn nur 40 Prozent der in Deutschland ermolkenen Milch werde über den Einzelhandel vermarktet, 60 Prozent lande in der Ernährungsindustrie oder im Export. Der Handel könne daher den Molkereien keine Preise diktieren. Der Deutsche Bauernverband, der durch seinen Milchreferenten vertreten war, widersprach der Darstellung erwartungsgemäß.

### BDM: Vorwärtskalkulation

Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter (BDM), der zusammen mit seinem Stellvertreter Stefan Mann angereist war, stellte die Notwendigkeit heraus, dass die Erzeugerpreise von den Milchviehbetrieben und ihren Kosten aus kalkuliert werden müssten. Dem

wollte sich auch Theo Müller anschließen, allerdings unter der einen Bedingung, dass dieses Recht auch den Molkereien zugestanden werden müsse. Als es am zweiten Tag darum ging, dass die Molkereien diese Möglichkeit heute bereits haben – auf Kosten der Erzeugerpreise –, da war Theo Müller nicht mehr anwesend.

Insgesamt ging es an dem zweiten Tag der Anhörung um das Verhältnis zwischen Molkereien und Milcherzeugern. Das Kartellamt hat die Preisbildung von oben nach unten („upside down“), also letztlich auf dem Rücken der Milchbauern, in seinem Zwischenbericht bereits ausführlich beschrieben. Nun fragten die Wettbewerbsbehörden die einzelnen Voraussetzungen ab, die eine solch schwache Marktposition der Milcherzeuger erst ermöglichen.

### Molkereiwechsel erschwert

Die lange Laufzeit der Lieferverträge war dabei ein Punkt. Bernd Schmitz, der neben Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf die AbL vertrat, machte deutlich, dass bei einer Kündigungsfrist von zwei Jahren zum Jahresende im Extremfall bis zu drei Jahren vergehen könnten, bis der Wechsel zu einer anderen Molkerei vollzogen sei. Milcherzeuger könnten somit nur sehr schwerfällig z.B. auf unterschiedliche Auszahlungsleistungen der Molkereien reagieren. Der Wettbewerb zwischen den Molkereien sei somit sehr eingeschränkt.

Auch die Schwierigkeiten, überhaupt einen anderen Abnehmer zu finden, kamen zur Sprache. Das sei vor allem in Regionen ein Problem, in denen Genossenschaften die wesentliche Molkereiform darstellten, hieß es in der Runde. Das lege den Verdacht nahe, dass es Absprachen zwischen Genossenschaften gebe, die den Milchbauern das Wechseln zusätzlich erschweren.

Die Bündelung der Milcherzeuger in Milcherzeuger-Gemeinschaften (MEGs) als Weg, um die Marktmacht der Bauern zu stärken, wurde an diesem Tag ebenfalls erörtert. Dabei ging es auch um die Frage, ob solche MEGs überregional oder bundesweit tätig sein sollten. Mehrere Milcherzeuger erklärten, dass angesichts der Übermacht einiger Molkereien eine regionale Beschränkung der Bündelung deren Wirksamkeit von vornherein einschränken würde. Außerdem beschafften sich Molkereien auch weit über Bundesländergrenzen hinweg Rohmilch, so dass eine überregionale Bündelung die Beschaffungsgrundlage der Molkereien nicht unbillig einschränke.

Das Kartellamt wertet nun die Anhörung sowie weitere Stellungnahmen aus, um den Abschlussbericht der Sektoruntersuchung Milch noch vor der Sommerpause vorzulegen. *uj*

## Dem Ziel so nahe und doch verfehlt

Ränkespiele der Bauernverbandsfraktion machen einen mehrheitlich aus BDM-Mitgliedern besetzten Vorstand der Breisgaumilch zunichte

Anton Walter ist Milchbauer in Opfenau im Schwarzwald. Er engagiert sich in seiner Erzeugergemeinschaft sowie im Bundesverband deutscher Milchviehhalter. Er war Aufsichtsratsvorsitzender bei der Breisgaumilch, bei der der BDM über kurze Zeit die Gremien beherrschte. Über die Hintergründe berichtet er im Interview.

**Unabhängige Bauernstimme: Herr Walter, der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) fordert seit längerem, dass sich BDMler in den Leitungsgremien der Molkereien engagieren, um deren Politik zu verändern. Bei der Breisgaumilch schien man jetzt kurz davor zu stehen.**

Anton Walter: Der BDM war schon im Aufsichtsrat und Vorstand der Breisgaumilch vertreten. Allerdings war ein konstruktives Arbeiten nicht möglich, da es von der Stimmenzahl her ein Patt gab. Im Vorstand gab es eine Mehrheit des Bauernverbands und im Aufsichtsrat eine Mehrheit des BDM.

**Durch die Butterkrise bei der Breisgaumilch veränderten sich dann aber die Mehrheitsverhältnisse. Was war geschehen?**

Durch einen Fernsehbericht des Südwestrundfunks war bekannt geworden, dass die Butter der Breisgaumilch von einer Allgäuer Molkerei im Lohn gefertigt wurde. Nicht nur die Produktion war ausgelagert, auch der verwendete Rahm wurde zugekauft. Auf der Verpackung wurde aber der Eindruck erweckt, die Milch für das Produkt käme wie beim Joghurt und der Milch der Marke aus dem Schwarzwald. Vor allem bei den Verbrauchern war die Empörung groß, weil die Breisgaumilch die Regionalität ihrer Produkte intensiv bewirbt.

**Welches waren die Konsequenzen innerhalb der Leitungsgremien?**

Wir haben gefordert, dass der Aufsichtsratsvorsitzende die Verantwortung übernimmt und zurücktritt, weil er einer derjenigen war, die dieses Vorgehen immer für gut befunden hatten. Nach anfänglichem Zögern von Seiten der Verantwortlichen hat der Aufsichtsrat der MIV-Breisgau und Südschwarzwald, aus der die beiden Verantwortlichen kamen, die Reißleine gezogen und sie abberufen.

**Hätten nicht auch die BDMler Änderungen herbeiführen können?**

Die BDM Leute im Aufsichtsrat hatten sich schon immer für eine eigene Buttereie eingesetzt. „Wir können uns das

nicht leisten, wir vermarkten hochpreisig. Unser Name ist Schwarzwald, waren die Argumente. Eine Abstimmung bei den beschriebenen Mehrheitsverhältnissen war indes sinnlos vor allem, weil die Geschäftsführung ebenfalls gegen eine Buttereie war.

**Der Vorstand und Aufsichtsrat der Breisgaumilch setzt sich aus Vertretern der MIV-Breisgau und Südschwarzwald und der MEG-Ortenau Offenburg zusammen.**

Die MIV-Breisgau und Südschwarzwald hat 80 Prozent der Anteile bei der Breisgaumilch und die MEG Ortenau Offenburg hat 20 Prozent Anteile.

**Die durch die Abberufung veränderte Zusammensetzung brachte dem BDM in Aufsichtsrat und Vorstand eine Mehrheit.**

Das stimmt. Sobald wir im Amt waren, haben wir entschieden, eine Buttermaschine zu kaufen und, dass die Ge-



Die Breisgaumilch betont mit der Marke „Schwarzwälder“ ihre Regionalität. Foto: Breisgaumilch

schäftsführung ernsthaft mit der Milchvermarktungsgesellschaft über die Abfüllung der fairen Milch verhandeln muss. Diesbezüglich kam man sehr schnell zu einer Einigung über den Preis, die Menge und das Prozedere. Die Weichen waren in die richtige Richtung gestellt.

**Die Gegenseite wollte die Abberufung aber nicht akzeptieren.**

Nach ca. 10 Tagen wurde behauptet, dass die Abberufung aufgrund nicht eingehaltener Fristen unrechtmäßig gewesen sei. Allerdings sind weder im Genossenschaftsgesetz, der Satzung oder in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats Fristen angeführt.

**Wie ist der Ablauf bei einer Abberufung?**

Wenn man ein Aufsichtsratsmitglied abberuft, dann muss dies, so steht es im Gesetz, unmittelbar durch eine außerordentliche Generalversammlung bestätigt werden. Diese außerordentliche Generalversammlung war von uns für Mitte April, drei Wochen später, einberufen worden. Die Gegenseite wollte an diesem Termin Wahlen durchführen, weil sie den Zeitpunkt für günstig einschätzte. Eigentlich waren Wahlen aber erst für die zweite Junihälfte vorgesehen.

**Die Gegenseite hatte aber doch gar keine Mehrheit.**

Die abgesetzten Vorstandsmitglieder haben gesagt, sie seien noch im Amt, weil die Abberufung nicht rechtens sei, und setzten für den Termin ordentliche Wahlen an. Die BDM Fraktion hat dann versucht, den abgesetzten Vertretern per Gericht untersagen zu lassen, dass sie weiter agieren. Allerdings hat

wussten bis zum Tag der Verhandlung noch gar nicht, dass es um die Neuwahlen aller achtzehn Vorstandsmitglieder geht. Dass erfuhren sie erst am Tag der Versammlung, morgens um halb zehn. Unsere Seite war auf diesen Tag im Gegensatz zum Bauernverband nicht vorbereitet. So ist dann auch die Wahl ausgegangen. 60 zu 40. Alles, was Bauernverband war, ist gewählt worden, obwohl der BDM Listen an den Tischen verteilt hatte, auf denen die Kandidaten in „Gut und Böse“ aufgeteilt wurden.

**Viele Mitglieder ließen sich durch Bevollmächtigte vertreten.**

Anwesend waren ca. 400 Mitglieder. Dann gab es noch mal 329 Vollmachten. Zu dem Zeitpunkt, an dem die Vollmachten ausgestellt wurden, konnten die Betroffenen aber noch gar nicht wissen, dass es an diesem Tag zu Neuwahlen des gesamten Vorstands und Aufsichtsrats kommen würde. Ursprünglich ging es nur um die Abwahl der beiden Vorsitzenden. Dazu kommt noch, dass es neben den 1.050 aktiven Milcherzeugern, 350 inaktive Erzeuger gibt, die schon länger keine Milch mehr abliefern, die aber noch am Stammkapital beteiligt sind und von daher auch noch wählen dürfen. Man hat offenbar gezielt bei diesen Mitgliedern Vollmachten eingeworben.

**Warum wurde denn der Vergleich geschlossen?**

Ich kann es mir nur so erklären, dass man dem Vergleich zugestimmt hat, weil man befürchtete, die Generalversammlung würde eskalieren. Unsere Seite hatte zur außerordentlichen Versammlung eingeladen, um die Abwahl dieser beiden Vorstandsmitglieder zu bestätigen, während diese wiederum eingeladen hatten, um ordentliche Wahlen durchzuführen. Was schon allein von den Fristen gar nicht möglich gewesen ist. Man hatte offenbar Angst, es könnte bei den 1.000 erwarteten Mitgliedern zu Ausschreitungen kommen. Letztendlich kamen aber nur 500.

**Wie stellt sich die aktuelle Situation dar?**

Der Bauernverband hat jetzt in der MIV eine 17 zu 1 Mehrheit. So schlecht war es noch nie. Vorher hatten wir ein Patt. Wir müssen jetzt warten bis zu den nächsten regulären Wahlen. Vorher wird sich wohl nichts ändern.

**Vielen Dank für das Gespräch**

## Ausgezeichnet!

Georg Heitlinger wurde mit dem Werner-Bonhoff-Preis wider den Paragraphenschwengel ausgezeichnet. „Ihm ist es gelungen, einer der zahlreichen und nicht immer transparenten, verselbstständigten Bürokratien in Deutschland nachzuweisen, dass sie wegen ihrer mangelnden Nützlichkeit für die Pflichtbeitragszahler ihre Daseinsberechtigung verloren hat. Der Landwirt erreichte die Abschaffung der „Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft dem Füllhorn der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH (CMA)“, begründet die Stiftung ihre Preisvergabe.

Das Beitragsaufkommen des Absatzfonds betrug jährlich ca. 100 Mio. Euro. Der CMA flossen davon etwa 90 % zu, während die restlichen 10 % der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) zugewiesen wurden. Sowohl CMA als auch ZMP wurden kurze Zeit nach dem Urteil vom 3. Februar 2009 aufgelöst. *mn*

## „Bleibt uns vom Acker mit dem Scheiß.“

Buntes Treiben herrschte auf der Schlepperdemonstration in Osnabrück trotz winterlicher Temperaturen: Etwa 200 Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet waren nach Angaben der Veranstalter am 8. Mai im Osnabrücker Ledenhof zusammengekommen, um mit Slogans wie „Gentechnik mach dich vom Acker“ oder „Keine Sau will Gen-Fraß“ friedlich gegen grüne Gentechnik, für sauberen Honig und faire Milchpreise zu demonstrieren. Von der Halle Gartlage aus waren etwa 30 Schlepper über den Wall in Richtung Innenstadt gefahren. Zu der Aktion hatte ein Bündnis aus Initiativen für gentechnikfreie Landwirtschaft, Milchbauern und Imkern aus Osnabrück, Bielefeld und Münster aufgerufen. Redner Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf forderte zur Wachsamkeit gegen die Versuche der EU-Kommission auf, GVO-Verordnungen zu forcieren. Der bis vor Kurzem für die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen zuständige EU-Kommissar Stavros Dimas habe sich immer den Interessen der Gentechnik-Industrie widersetzt. Sein Nachfolger John Dalli erweise sich nun als „willfähriger Vollstrecker“ der Konzerne. Er warnte die deutsche Regierung vor einer juristischen Neuinterpretation der Freisetzungsrichtlinie. „Egal welche Abstandsnorm gelten soll, es darf keine Kontamination geben: Bleibt uns vom Acker mit dem Scheiß.“ Romuald Schaber (BDM) unterstrich, der Einsatz von Gentechnik bringe Bauern und Verbrauchern keinen Nutzen, sondern bringe nur Risiken.“ Er forderte von den Landwirten, dass sie nur Lebensmittel ohne Gentechnik auf den Markt bringen dürften. „Als Produzenten und Konsumenten müssen wir in dem Kampf zusammen stehen, weil wir voneinander abhängig sind“, meinte Schaber. Horst Heemann vom Imkerverband verwies auf die Wichtigkeit der Bienen als dritt wichtigsten Faktor in der landwirtschaftlichen Wertschöpfung. Die Gen-Industrie führe zur Aufgabe der Bienenhaltung, weil die Imker die hohen Untersuchungskosten nicht bezahlen könnten, die für den Nachweis unbelasteten Honigs wichtig seien. *ch*

Kurzes am Rande

## Wir werben mit Wirklichkeit

Die bayerische Zukunftskommission kommt zum Ende

Es geht um die Entwicklung der ländlichen Gebiete, die Ausrichtung der Landwirtschaft, Infrastruktur auf den Dörfern. Seit September 2009 gibt es in auch in Bayern eine Zukunftskommission. Eigentlich sollte der Endbericht, welcher unter der Leitung des ehemaligen EU-Agrarkommissars Franz Fischler in den vergangenen acht Monaten entstand, Ende Mai offiziell im bayrischen Landtag vorgestellt werden. Allein der Euro bzw. ein Treffen für seine Rettung, zu der auch Horst Seehofer eilte, hatten eine Verschiebung auf den 9. Juni zur Folge. Der genaue Inhalt bzw. das Endergebnis der Zukunftskommission, an der neben landwirtschaftlichen Verbänden, Naturschutzverbände, Verbraucherorganisationen und Kirchen auch Vermarktungsunternehmen wie EDEKA, der Raiffeisenverband und Vertreter des Handwerks beteiligt waren, ist deshalb noch nicht bekannt.

### Keine Einigkeit

Die Verhandlungs- und Abstimmungsprozesse, so ist von den Beteiligten zu vernehmen, waren aufgrund der unterschiedlichen Positionen sehr schwierig. Auch deshalb ist das Ergebnis der Zukunftskommission kein Konsenspapier. Insbesondere bei der Frage zum Einsatz von Gentechnik und der Verfütterung gentechnisch veränderter Sojakomponenten konnte keine Einigung erzielt werden. Fischler ging es unter anderem auch darum, neue Absatzmöglichkeiten für die Landwirtschaft zu generieren. Bayerische Produkte hätten aufgrund ihrer Herkunft einen Mehrwert, der in der Region beworben werden könne, aber auch im Ausland ein Zeichen von Qualität

werden müsse. Der Bauernverband beklagte, dass die Produktwerbung die tatsächliche Situation auf den Betrieben nur selten widerspiegeln. Immer werde mit Hühnern im Freien und glücklichen Schweinen geworben. Kann man mit der Wirklichkeit werben? Mit Schweinen auf Spaltenböden und Hühnern in Käfigen. Soll man dem Verbraucher diesen „Stand der Technik“ mittels Werbekampagnen über stützen oder sich besser an dessen Bedürfnissen orientieren und die Produktionsbedingungen dementsprechend anpassen, fragte der bayerische Landesvorsitzende Joseph Schmid. Lässt man sich auf den Gedanken ein, so ergeben sich laut Schmid eine ganze Reihe weiterer Forderungen. Es geht um das Handwerk, insbesondere Schlachthöfe und Metzgereien, welche deutlich enger mit den Landwirten zusammenarbeiten könnten, damit nicht jeder Selbstvermarkter seine eigene Minischlachstätte bauen muss. Es geht um eine eindeutige Kennzeichnung, die nicht verschleiert, sondern den Mehrwert hervorstellt. Es geht um eine Ausbildung, die keine „Fachidioten“ erzeugt, sondern ein breites Wissen vermittelt, damit die zukünftigen Betriebsleiter den Anforderungen von diversifizierten Betrieben gewachsen sind.

### Ernüchternd

Der Abschlussbericht der Zukunftskommission wird, nach Schmid, keinen dieser Gedanken aufgreifen. Trotzdem kommt er zu dem Schluss, dass die Arbeit nicht umsonst war. Zumindest die Abstimmungsprozesse mit den befreundeten Naturschutz- und Verbraucherorganisationen hat hervorragend geklappt. *m*



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Romuald Schaber auf der Demo in Osnabrück. Foto: Hinc

## „Vermaisung“

Gegen ein flächendeckendes Labyrinth

In Niedersachsen hat sich ein Netzwerk von Bürgerinitiativen gegen Biogasanlagen, die Mais in Monokultur anbauen, gebildet. Auch in allen Parteien regen sich Bedenken gegen die „Vermaisung“ ganzer Regionen, genannt werden dabei vor allem die Landkreise Rotenburg, Soltau-Fallingb. oder Emsland. Der Naturschutzbund NABU, der bäuerliche Biogasanlagen auf Grundlage von Gülle und anderen landwirtschaftlichen „Abfällen“ befürwortet, hat in einem Grundsatzpapier u.a. den Verzicht auf Grünland-Umbrüche, einen weitgehenden Verzicht auf Pestizide und die Begrenzung des Anteils einer Fruchtart auf höchstens 50 Prozent gefordert. Probleme entstünden vor allem durch Großinvestoren, die die festen Vergütungen des Energie-Einspeisungsgesetzes nutzten. Befürchtet werden Auswirkungen auf Landschaftsbild und Tourismus, Pachtpreise, Pflanzen- und Tierarten und auch Schäden durch die begünstigten Wildschweine. *en*



**Betriebsspiegel:**

107 ha ( 43 ha eigen, 64 ha Pacht)  
72 ha Grünland, 35 ha Acker  
60 Milchkühe im Boxenlaufstall,  
2 Zuchtbullen  
Weibliche Nachzucht wird behalten,  
Bullenkälber zur Mast verkauft  
13 ha Vertragsnaturschutz (extensive  
Weidewirtschaft)  
Ackerland: 67 % Klee gras, 33 % Ge-  
treide ( Hafer, Sommerweizen)  
verheiratet mit Birte, 5 Kinder  
Zwei mithelfende Altenteiler,  
ein Azubi

Schwarzer ist meine älteste Kuh. Sie ist das einzige Tier in meinem Bestand, das schon gemolken wurde, als ich am 1. Juli 1998 den Hof von meinen Eltern übernahm. Geboren am 13. Februar 1994, zu einer Zeit, als Birte und ich noch nicht einmal vier Jahre zusammen waren, als Birte unsere erste Tochter Marie noch stillte. Heute macht Marie Führerschein und

Birte und ich sind seit mehr als zwanzig Jahren ein Paar.

Schwarzer ist noch vor der verbindlichen Einführung der gelben Ohrmarken geboren. Sie ist das einzige Tier in meiner Herde, das noch eine Messingohrmarke des Kreises Plön trägt. B32 280 lautet die Nummer darauf. Später wurde Schwarzer mit einer gelben Ohrmarke nachgezeichnet – DE 01 104 15425 – und erhielt ein gelbes „Begleitpapier für Rinder“. Der blaue Rinderpass kam erst Jahre danach.

Schwarzer hat auf unserem Hof so eine Art lebenslanges Bleiberecht. Seit ich sie in einem Gedicht und einer Geschichte verewigte, hat sie ein Eigenleben entwickelt, über dessen Ende ich als Bauer nicht mehr bestimmen mag. Es kommt vor, dass ich bei Leseauftritten nach Schwarzers Befinden gefragt werde. Soll ich dann sagen: „Die ist inner Wurst!“ Nein, niemals.

Ihr bislang letztes Kalb hat Schwarzer am 10. Oktober 2008 bekommen, übrigens ein Kuhkalb namens „Licata“, das hoffentlich auch zur Milchkuh werden wird. Am Rande sei vielleicht erwähnt, dass Schwarzer auch deshalb so alt geworden ist, weil sie sich, was die Milchleistung angeht, immer sehr geschont hat. Mehr als 5.500 Liter pro Jahr waren nicht drin, aber das Euter war immer gesund; den Klauenpflegestand kennt sie nur von Weitem, und tragend wurde sie auch immer wieder. Also wurde sie alt, steinalt für eine Milchkuh, aber man sieht ihr die Jahre nicht an. Sie wirkt jung und frisch, vor allem, wenn sie bullt. Und das tat sie in der letzten Laktation besonders oft. Seit November 2008 hat sie gefühlt 50mal gebullt. Die anderen Kühe sprangen auf sie drauf, sie stand wie eine Eins und tobte wie ein Teeny (na ja, sie ist ja auch einer) durch den

Stall. Immer ließ ich sie dann über Nacht rüber zum Deckbullen, und sie taten, was sie sollten, ein ums andere Mal, aber Schwarzer wurde nicht schwanger. Immer wieder bullte sie. Der eine Deckbullen wurde geschlachtet, ein neuer kam, jung und hübsch. Mein Vater sagte: „Jungbullen und Jungbuern kriegt allens drachtig! Schasst mohl sehen!“ Aber nix war's. Zwischendurch ließ ich sie sogar dreimal künstlich besamen, mit einem Jerseybullen, weil sie selbst eine Jersey-Schwarzbunt-Kreuzung ist: Nix. Währenddessen molk ich Schwarzer unverdrossen weiter. Das Monatsbuch des LKV verzeichnet seit der letzten Kalbung folgende Tagesleistungen: 18,3 Liter/ 17,8/ 19,1/ 17,8/16,3/ 15,4/ 19,0 (Weideauftrieb)/ 18,0/ 18,6/ 13,6/ 11,0/ 7,0/ 8,7/ 5,4/ 4,2/ 3,6/ 3,7/ 3,5 Liter. Es ging ihr gut; regelmäßig alle drei Wochen bullte sie, ich ließ sie zum Bullen und schrieb dazu in den Kalender: „Schwarzer beim Bullen; letzte Chance“. Drei Wochen später: „Allerletzte Chance“, „Wirklich allerletzte Chance“, „Jetzt aber wirklich allerletzte Chance“, und so weiter. Ich hatte mich schon darauf eingestellt, ihr Gnadenbrot zu geben, da ließ ich sie noch einmal vom Tierarzt untersuchen, und sie war tragend! „Drei Monate“, sagte er, und ich machte einen Luftsprung vor Freude!

Jetzt habe ich Schwarzer trocken gestellt und zur Sommerfrische mit Jungtieren ins Moor gebracht. Dort darf sie sich jetzt sechs Monate erholen, und dann geht die Geschichte weiter. Wenn sie Hundertrausend Kilo Lebensleistung erreichen soll, muss ich sie zwanzig Jahre melken. Ich bin bereit.

Matthias Stührwoldt

## Schwarzer ist schwanger!

Einfach ein bisschen Landwirtschaft machen. Von einem Freund konnte ich Flächen übernehmen. 15 ha Streuobstwiesen. Angelegt in den letzten zehn Jahren. Alles noch kleine Bäume. Nichts für große Maschinen. Acker gab es fast gar nicht. Ich ließ mich von den Möglichkeiten leiten. Die Streuobstwiesen sind herrlich. Vor allem jetzt im Frühjahr, wenn alles blüht. Zu gerne träumt man sich 30 Jahre weiter und stellt sich vor, wie viel schöner alles ist, wenn die Bäume groß sind.

Doch die Realität kehrt schnell zurück. Wie bzw. womit kann man Obstwiesen pflegen? Einfach nur Heu machen und verkaufen kam nicht in Frage. Es sollte ein eigener Betriebskreislauf entstehen, ein eigener „Hof“. Die einzige Tierart, die den Bäumen ohne große Zuananlagen eine Chance lässt, sind Schafe. Anfangs hatte ich Probleme, mich als Schafhalter zu sehen. Das sind doch gar keine richtigen Tiere. Ist doch eher was zum Kuseln. Doch bevor die Tiere wirklich auf den Hof kamen, blieb noch vieles zu klären. Vor allem mit der Landwirtschaftskammer. Immerhin wollte ich nicht als Hobbytierhalter mein Dasein fristen, sondern, mindestens für den eigenen Ego privilegierter Landwirt werden.

Die Verantwortlichen bei der Kammer waren offen. Der Amtsleiter überraschte mich mit einem Besuch, zu dem er gleich noch einen schafkundigen Kollegen vom Landesbetrieb für Landwirtschaft mitbrachte. Man besuchte die Flächen, sprach über dies und das und ermutigte mich in meinem Vorhaben. Meine Sympathie für die Schafe



## Von Papieren erschlagen

wuchs. Aber umso konkreter mein Vorhaben wurde, umso mehr Fragen kamen auf. Welche Rasse? Woher bekomme ich einen Stall? Welche Maschinen brauche ich noch? Wie oft brechen die Schafe aus? Gerade zu dieser Zeit war in der Nähe ein ICE in eine Schafherde gefahren. Lauter kleine Fragen, die beantwortet werden wollten. Eine weitere, die auch von Bekannten immer wieder gestellt wurde, war die nach den Einnahmen. Von mir nur zu gerne ignoriert. Ich wollte Bauer werden und nicht Subventionsempfänger. Außerdem wollte ich frei sein zu handeln, wie ich es für richtig hielt. Wenn ich anderen Bauern von meinen Planungen erzählte, kam das Gespräch immer auf die Prämien. „15 Hektar das

sind ja schon über 4.000 Euro.“ Anfangs pries ich noch meine Unabhängigkeit. Keine Subventionen. Vor allem hatte ich gar keine Prämienrechte. Aber egal mit wem ich konkreter sprach, die Prämien standen ganz oben. Und irgendwann dämmerte es auch mir. Ein Einkommen, vor allem in den ersten Jahren, während ich meine Herde, die es bisher nur in meiner Vorstellung gab, aufbauen wollte, war nicht zu erwarten. Also doch die Prämien (nicht Subventionen) nutzen. Als der Damm gebrochen war, kam die Flut. Papierberge und die Suche nach der effektivsten Prämiennutzung. Welche Förderprogramme gibt es wo? Wie hoch ist der vorgeschriebene Tierbesatz? Gibt es

Zuschüsse für Dauerkulturen? Ist eine Wiese voller Walnüsse förderfähig? Ich habe Prämienrechte gekauft und langsam, fast unbemerkt die Lust an der Landwirtschaft verloren. Zumindest in diesem ersten Frühjahr. Papier, Papier und Paragraphen. Gerettet haben mich die Schafflämmer. Draußen sein. Mit den Tieren in der Natur arbeiten. Das war es, was ich suchte. Es wegen dem Drang nach Subventionsoptimierung beinahe verloren zu haben macht es noch wertvoller.

Marcus Nürnberger

**Betriebsspiegel:**

Naturlandbetrieb im Bergwinkel zwischen Vogelsberg, Spessart und Rhön  
21 ha Streuobstwiesen, 1 ha Acker  
43 Rhönschafe  
16 Hühner, Bienen

# Die Hähnchenblase

Konkurrenzkampf führt zu Überkapazitäten und Preisdruck

## Tierfreundlichkeits-Kennzeichnung

Die EU-Kommission prüft die Möglichkeiten für ein Tierschutz-Label. Durch Angaben zur Art der Haltung sollen die Verbraucher nach dem Vorbild der Eier-Kennzeichnung Produkte aus artgerechter Haltung besser erkennen können. Eine externe Studie und Befragungen von Betroffenen sollen die Rahmenbedingungen klären: Vergleichbarkeit von Tierschutzstandards zwischen Tierarten, Haltungssystemen und Stufen der Verarbeitungskette in den verschiedenen EU-Ländern und bei Importprodukten, Möglichkeit der Durchsetzung obligatorischer Kennzeichnungen in der Welt-handelsorganisation WTO, Umsetzung der bereits bestehenden Möglichkeiten für freiwillige Kennzeichnungen. Den bisher eher geringen Marktanteil von Produkten mit privatem Gütesiegel wie „Label Rouge“, „Freedom Food“ oder „Neuland“ wertet die Kommission laut *agra europe* als Anzeichen für Informationsmangel und fehlende Markttransparenz. Auf Vorschlag der scheidenden EU-Gesundheitskommissarin Vassiliou prüft die EU zusätzliche Informations-Kampagnen über den Mehrwert tierfreundlich erzeugter Produkte. Die Anwendung künftiger Regeln soll von einem Europäischen Netz von Referenzzentren (ENRC) technisch begleitet werden. *en*

Zwischen den europäischen Geflügel-fleisch-Konzernen ist seit kurzem ein heftiger Konkurrenzkampf ausgebrochen, der derzeit zum Aufbau gewaltiger Überkapazitäten führt und bald in einem dramatischen Zusammenbruch der Märkte enden wird. Offenbar bildet sich neben der internationalen Spekulationsblase nun auch eine „Hähnchenblase“.

## Oligopol und Sättigung

Als in den letzten Jahrzehnten der Verbrauch von Geflügelfleisch kontinuierlich stieg, besetzten große Konzerne mit ihren Brütereien, Futtermühlen und Schlachtereien diesen Markt und diktierten ihren abhängigen Vertragsmästern die Preise und Produktionsbedingungen. Lange Zeit konnten diese Geflügelkonzerne oligopolistisch nebeneinander her wachsen und expandieren – solange Verbrauch und Absatzmärkte wuchsen. Führende Unterneh-

und Sprehe seit einigen Jahren drastisch angeheizt durch den Neueinsteiger Rothkötter („Emsland-Frischgeflügel“), der nun zu einer weiteren Expansion mit einem Mega-Schlachthof in Wietze bei Celle ansetzt und dafür in einem 100-km-Umkreis insgesamt 450 neue Mäster anwerben will. Wollen die konkurrierenden Hähnchenkonzerne nicht weitere Verluste von Marktanteilen hinnehmen, müssen sie ihrerseits expandieren und tun dies auch: Wesjohann und Stolle bspw. mit der Erweiterung ihrer Schlachthöfe.

## Überschüsse und Übernahmen

Die Folge: dramatisch anwachsende Überkapazitäten von Schlachtereien und Stallanlagen. Obwohl der schwach wachsende Verbrauch nur Raum gibt für maximal 80 zusätzliche Ställe pro Jahr, werden derzeit bis zum nächsten Jahr ca. 900 Ställe geplant und beantragt, darunter zahlreiche

400.000er-Ställe in Ostdeutschland! Zudem will nun auch die niederländische Plukon-Geflügelgruppe („Friki“) zusätzliche Mast- und Brüterei-Kapazitäten im Raum Klein Daberkow und Woldegk aufbauen und ihre Schlachtungen im brandenburgischen Storkow bis 2012 verdoppeln. Plukon, drittgrößter Geflügelschlachter Europas, ist kürzlich vom internationalen Finanzinvestor Gilde-Buy-Out übernommen worden.

Die Krisenanzeichen sind unübersehbar: Die anhaltend sinkenden Hähnchen-Erzeugerpreise in Holland und auch in Deutschland decken kaum noch die Kosten, der auch im vorpommerschen Grimmen aktive französische Doux-Konzern („Gutsgold“) schrieb 2009 laut Lebensmittelzeitung bereits rote Zahlen, der Genossenschaftskonzern Cebeco verkaufte seine Geflügel-Tochterfirma Plukon und erzielte dabei nur noch einen „moderaten Preis“, der französische Genossenschaftskonzern Unigrains und der niederländische Cehave-Konzern stießen jetzt ebenfalls ihre Geflügelparten ab, der holländische Geflügelkonzern Storteboom verkaufte an die britische „2-Sisters“-Holding. Die Weltmarktexporte von Geflügelfleisch treffen trotz Subventionierung auf immer mas-

sivere Schwierigkeiten, u. a. wegen der billigeren Konkurrenz-Angebote von großen Konzernen aus Brasilien und den USA.

## Rothkötter-Krise und Widerstand

Angesichts dieser bedrohlichen Vorzeichen wächst in der Geflügelbranche die Verärgerung der bestehenden Schlachtereien über die Förderung der Schlachthof-Pläne des Unternehmens Rothkötter durch die niedersächsische Landesregierung. Brancheninsider berichteten, dass namhafte Vertreter der Branche kürzlich ihren Unmut in drastischer Form gegenüber Agrarminister Ehlen und vermutlich auch gegenüber seiner Nachfolgerin Grotelüschen, die ja aus der Geflügel-Agrarindustrie stammt, deutlich gemacht hätten.

Unterdes bestätigte ein Redakteur des *Weserkuriers* der AbL gegenüber nochmals die Äußerung Rothkötters in einem Artikel, wonach der Baubeginn seines Wietzer Schlachthofs womöglich vom Frühjahr 2011 um ein Jahr verschoben werden könnte. Rothkötter hatte diese Äußerung später dementiert, aber gegenüber anderen Journalisten einräumen müssen, dass er die für die erste Ausbaustufe benötigten 120 Vertragsmäster im Umkreis von Wietze nicht habe anwerben können. Dies führt die *AgrarZeitung* auf den anhaltenden Widerstand von mehr als 20 Bürgerinitiativen in diesem Raum zurück. Angeblich soll Rothkötter nur noch mit 50 Landwirten recht vage „im Gespräch“ sein, so dass die Kapazitäten in Wietze dann allenfalls durch „Hähnchenimporte“ aus dem Emsland oder durch Stallbauten emsländischer Investoren in Ost- und Südniedersachsen auszulasten wären. Letzteres wiederum würde auf heftigste Proteste der hiesigen Landwirte stoßen. Erste Anfragen aus dem Emsland gebe es bereits. Die AbL rief Landwirtschaftskammer und Bauernverband/Landvolk auf, die mit den Geflügelkonzernen durchgeführten Anwerbeveranstaltungen für Vertragsmäster sofort zu stoppen. Agrarindustrielle Anlagen mit ihrer nicht artgerechten Tierhaltung isolierten die Landwirte von der Gesellschaft, schafften tiefe Gräben zu den geschädigten Nachbarn in den Dörfern und schädeten dem Image ganzer Regionen. Angesichts zunehmender Exportprobleme und des kaum noch ansteigenden Geflügelverbrauchs seien auch „unseriöse Jubelmeldungen“ über den Geflügelmarkt „völlig neben der Realität“. Die AbL forderte die Politik auf, sich für ein Verbot von Agrarfabriken, bessere Nutztierhaltungsverordnungen und die Förderung der Zukunftsmärkte einer „artgerechten Tierhaltung auf Bauernhöfen und in lebendigen Regionen“ einzusetzen. *en*



Anlagen zur Massentierhaltung sind ein Baustein der Überproduktion Foto: Eurotier

men in Europa sind die französischen Firmen Doux, LDC, Gastronome und Unico, die italienischen Firmen AIA und Amadori, die britischen Firmen Grampian Country Foods und 2-Sisters, die holländischen Firmen Plukon und Storteboom sowie die deutsche Wesjohann-Gruppe. Seit etwa zehn Jahren jedoch ist die Sättigungsgrenze erreicht – die Nachfrage steigt in der EU und auch in Deutschland nur noch wenig. Der Verdrängungswettbewerb nimmt heftige Formen an. In der deutschen Putenbranche dominiert nach etlichen Übernahmen und Fusionen und der neuerlichen Übernahme von Velisco eindeutig die Kalvelage-Gruppe („Heidemark“). Im Masthühnerbereich wird die Konkurrenz zwischen den bisherigen Akteuren Wesjohann („Wiesenhof“), Stolle

# 600.000 Legehennen

Bürger von Güsten gegen „Deutschlands größte Massentierhaltung“

Mit einem wahren Proteststurm begleitet 450 besorgte und zornige Bürger der sachsen-anhaltinischen Stadt Güsten die Investoren-Vorstellung von geplanten Anlagen für 450.000 Legehennen, 150.000 Junghennen, 2.160 Sauen- und 21.000 Mastplätzen. Bei der Einwohnerversammlung konnte der große Saal im „Bürgerhaus“ den Andrang nicht fassen, vor der Tür drängten sich weitere Bürgerinnen und Bürger. Bürgermeister Zander zeigte sich trotzdem zu Beginn noch unentschlossen hinsichtlich der Positionierung der Stadt.

## Phrasen und Kritik

Die Investorengruppe „Betriebsgemeinschaft Schackenthal KG“ um den westdeutschen Gutsbesitzer und Agrarindustriellen Marcus Horsch, die im Raum Güsten/Aschersleben bereits 3.700 ha Bördeboden bewirtschaftet, schickte zunächst ihren Gutachter Kohl mit einer Präsentation vor. Die stieß bereits auf laute Unmutsäußerungen und Gelächter – allzu platt waren die Darlegungen über „das Schließen von Kreisläufen“, „Regionalität“ und den „Erhalt von Arbeitsplätzen“. Immerhin gab Kohl selber zu, dass die Alternative zu diesen Mega-Agrarfabriken immerhin 54 gut strukturierte Landwirtschaftsbetriebe sein könnten. Zwischenrufer bekräftigten dies mit der Forderung nach Bauernhöfen mit artgerechter Tierhaltung. Peter Rietsch und Uwe Saupe als Vertreter der neu gegründeten Bürgerinitiative verwiesen auf die bereits jetzt bestehende Geruchsbelastung durch eine 4.000er-Schweineanlage in Neundorf, auf die Futter-, Tier-, Gülle-, Kadaver- und Trockenkot-Transporte, auf die sinkenden Immobilienpreise, auf die Subventionierung von 50 Prozent der Investitionen, auf die Grundwasserentnahmen und auf die Vernichtung bäuerlicher Arbeitsplätze. Vertreter des BUND und des „Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ bekundeten ihre Solidarität mit der Bürgerinitiative. Ein Film über die Zustände in agrarindustriellen Geflügelställen musste abgebrochen werden, weil sich etliche Anwesende durch die schockierenden Bilder überfordert fühlten. In der hart geführten Diskussion berichtete

eine ehemalige Schweinemeisterin aus der ehemaligen LPG, wie 1990 die gesamte Tierhaltung durch Investor Horsch kurzerhand und ohne Prüfung liquidiert wurde und wie die Beschäftigten von ihm entlassen wurden. „Und jetzt entdecken Sie Ihr Herz angeblich wieder für die Tierhaltung in solchen Dimensionen und für die Arbeitsplätze!?“ Unter brausendem Beifall zeigte sie sich offen enttäuscht vom ehemaligen LPG-Brigadier Packheiser, der sich an diesem Unternehmen beteilige.

Mit Bezug auf den Namen des Gutachters Kohl stellte ein Güstener Bürger fest, dessen Namensvetter Helmut Kohl habe 1990 schon mal „blühende Landschaften“ versprochen – stattdessen bekäme man jetzt „stinkende Landschaften“... Eine andere Anwohnerin drückte deutlich die Sorge vieler Anwohner aus, dass die Kinder durch Bioaerosole, Feinstaub und Keime krank würden. Überdeutlich auch, dass die Menschen den immer neuen Versprechungen von der Schaffung von Arbeitsplätzen keinen Glauben mehr schenken.

Auf die Fragen nach möglichen Hintermännern und Konzernen reagierte Investor Horsch, dessen Verwandte große Agrarbetriebe in mehreren Ländern betreiben, ausweichend. Er sprach stets von fünf Investoren und verschwieg dabei zwei weitere westdeutsche außerlandwirtschaftliche Kommanditisten. Unglaublich auch die Behauptung Horsch, über die spätere Ausgestaltung von Produktion und Absatz habe man noch keine Festlegungen getroffen. Deutliche Kritik ernteten auch die Behauptungen, man werde außer Import-Soja auch das eigene Getreide (Backweizen?) verfüttern.

Ungeachtet der nur begrenzten juristischen Ansätze zur Verhinderung dieser drohenden „größten Massentierhaltung Deutschlands“ zeigten sich die Bürger entschlossen, durch Demonstrationen und Aktionen massiven politischen Druck gegenüber den Investoren und den Politikern aufzubauen. Dem konnten sich auch die Stadt- und Verbandsgemeinde-Bürgermeister nicht entziehen – sie sprachen sich am Ende deutlich dafür aus, dem Projekt die Einwilligung zu verweigern. en

Kurzes am Rande

## Rohfaserfutter statt Stallklima

Wenn das Gemisch aus Einstreu und Kot in der Hähnchenmast zu feucht ist, können sich Bakterien unkontrolliert vermehren, was im Stall wiederum zu mehr Ammoniakbelastung führt und zu Fußballen-Erkrankungen der Tiere. Wissenschaftler der Fachhochschule Bingen konstatieren in der Zeitung *DGS Magazin* folgenden bemerkenswerten Missstand: „Insbesondere in der kalten Jahreszeit kann eine zu feuchte Einstreu den Mästern zu schaffen machen, da eine ausreichende Lüftung des Stalles aufgrund der immer stärker steigenden Energiepreise nur begrenzt möglich ist.“ Anstelle des Stallklimas kann – so die Forscher – gegebenenfalls der Zusatz von Rohfaser-Konzentraten im Futter einen „regelmäßigeren Kotabsatz“ und eine trockenere Konsistenz des Kotes gewährleisten. en

## Fußballenerkrankungen in der Putenmast

Vergleichende Untersuchungen von Einstreu-Materialien in der Putenmast, über die das *DGS-Magazin* berichtet, ergaben Vorteile eines neuen Spezial-Substrats „Vilo Comfort“ hinsichtlich der schmerzhaften Veränderung der Fußballen (Pododermatitis). Erschreckend sind dabei vor allem die Ergebnisse auf Normaleinstreu mit Hobespänen und Stroh bzw. auf dem Gemisch aus Einstreu und Kot, auf dem die Tiere 145 Tage stehen: Sage und schreibe 83 Prozent der Puten zeigten „große Schwellungen, vergrößerte Sohlen und großflächige nekrotische Veränderungen“, die bei 37,5 % dieser Tiere sogar mehr als die Hälfte der Fußballen betrafen. „Keine bzw. nur geringgradige Veränderungen“ fand man lediglich bei 1 bzw. 4 Prozent der Puten. Auf dem neuen Substrat nahmen die beiden schmerzhaftesten Kategorien immerhin um 21 % ab, zu Gunsten einer Verlagerung in die mittlere Kategorie „deutliche Schwellungen, mittlere nekrotische Veränderungen“. Der Anteil der Tiere in den beiden positiveren Kategorien blieb auch beim neuen Substrat bei nur 5 %. Als Todesrate wurden in beiden Versuchsgruppen knapp 10 % registriert. pm

## Brasilianische Fleisch-Expansion

Das brasilianische Unternehmen JBS SA ist durch den Erwerb der Mehrheitsanteile am führenden US-Geflügelkonzern Pilgrim's Pride zum größten Fleischkonzern der Welt geworden und rangiert damit noch vor dem US-Unternehmen Tyson Foods. Die JBS-Eigner, die Gebrüder Batista, haben in den letzten Jahren bereits den US-Konzernen ConAgra, Smithfield und National Beef Packing ihre Rindfleisch-Sparten abgekauft und Fabriken in Südamerika, Australien und Italien übernommen. Im Heimatmarkt Brasilien fusioniert JBS zudem mit dem bisherigen Wettbewerber Bertin. Die Nummer Zwei im brasilianischen Fleischmarkt, der Marfrig-Konzern, leaste jetzt 11 Rinder-Schlachthäuser von den Firmen Margen und Mercosul. Exportiert wird vor allem in die USA, nach Marokko, Hongkong, Ägypten und Saudi-Arabien. Eine Rolle bei der Ausweitung der Produktion spielt auch der europäische Markt, wo die mit fehlender Rückverfolgbarkeit begründeten Import-Beschränkungen zu einem starken Rückgang der brasilianischen Exporte geführt hatten. Auch die brasilianischen Geflügel- und Schweinebranchen expandieren. Sie sind zunehmend nicht mehr nur Billig-Zulieferer für Weiterverarbeiter im Ausland, sondern wollen mit eigenen Marken direkt in die Regale des Handels. Brasilien ist weltweit bereits – hinter den USA, der EU und Kanada – der viertgrößte Fleisch-Exporteur. en

Der Protest ist sichtbar.

Foto: Niemann



# Gentechnikgesetz vor Gericht

Das Land Sachsen-Anhaltprozessiert gegen die Bundesregierung

Am 23. Juni wird vor dem Bundesverfassungsgericht über einen Normenkontrollantrag des Landes Sachsen-Anhalt in Karlsruhe verhandelt. Der Antrag auf ein Normenkontrollverfahren zur Überprüfung des Gesetzes zur Regelung der Gentechnik (GenTG) datiert aus dem Jahr 2005. Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung reichte ihn kurz nach Verabschiedung des GenTGes unter Federführung des Wirtschaftsministers Rehberger ein. Vertreten wird das Land Sachsen-Anhalt in diesem Verfahren von der internationalen Anwaltssozietät Freshfields Bruckhaus Deringer. Diese vertritt nach eigenen Angaben international MandantInnen in wirtschafts- und technologierechtlichen Streitigkeiten. Auch der Gentechnikkonzern Monsanto gehört, nach Aussage des Pressesprechers, zu den Klienten.

Nach der Auffassung des Landes Sachsen-Anhalt werden durch das GenTG verschiedene Grundrechte beeinträchtigt. Im wesentlichen sind in der Klage-

schrift vier Regelungsbereiche angesprochen: Ansprüche wegen Nutzungsbeeinträchtigung, das Standortregister; die Vorsorgepflicht und gute fachliche Praxis sowie der Begriff des Inverkehrbringens bei Zufallsauskreuzung aus Freisetzungen.

## Haftungsregelung

Aus den Haftungsbestimmungen des GenTG wird ein Eingriff in die Berufs- und Eigentumsfreiheit der Anwender abgeleitet. So schaffe die Regelung eine garantierte Sonderhaftung des Nutzers von gentechnisch veränderten Pflanzen. Diese sei mit den vom Gesetzgeber verfolgten Zielen der Koexistenzregelung verschiedener Anbauformen nicht zu rechtfertigen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe und viele Landwirte, die auf Gentechnik verzichten, sind hingegen schon jetzt vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen betroffen. Um die Qualität ihrer Produkte belegen und garantieren zu können, müssen sie ihre Ernte auf eigene Kosten auf gentechnische Verunreinigungen analysieren lassen. Die

getrennte Erfassung, der Transport und die Lagerung verursachen ebenfalls Mehrkosten zu Lasten des Produzenten.

## Standortregister

Für die Betriebsplanung sowohl von Imkern als auch von gentechnikfrei arbeitenden Landwirten ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie wissen, wo gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden. Insbesondere Imker sind hiervon betroffen. Bienen haben einen Flugradius von mehr als drei Kilometern. Sie stoppen nicht an Feldgrenzen und besuchen auch Gentechnikfelder. Das Land Sachsen-Anhalt indes argumentiert mit einer Verletzung des Grundrechts auf informelle Selbstbestimmung der Anbauer. Auch werde durch das öffentlich zugängliche Register der Anspruch auf Wahrung des Berufs- und Geschäftsgeheimnisses ignoriert.

## Gute fachliche Praxis

Eine besondere Vorsorgepflicht beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen sei nach Auffassung Sachsen-Anhalts nur dann gerechtfertigt, wenn hochrangige Schutzgüter wie Leben, Gesundheit oder auch Eigentum betroffen seien. Dem entgegen steht die von keiner Seite je bezweifelte Möglichkeit einer Auskreuzung, die in der Praxis immer wieder, unter anderem durch den Reisskandal in den USA, belegt wurde. Sie wird von den betroffenen Reisbauern sowie von den zuständigen Gerichten als Eingriff in die Eigentums-

rechte verstanden. In der Begründung des Bundeslandwirtschaftsministeriums zum Verbot des Gen-Mais Mon810 wird darüber hinaus auf „mögliche Schäden für die Umwelt“ hingewiesen, die sich aus der Wirkung des in dieser Maissorte produzierten Gifts auf die Umwelt ableiten.

## Auskreuzung

Dass Auskreuzungen vorkommen wird in der Klageschrift nicht bestritten. Man geht sogar davon aus, dass es zu Auskreuzungen kommen wird. Das Land Sachsen-Anhalt sieht hierin einen Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 III GG. Begründet wird diese mit der Reichweite der Definition im Zusammenspiel mit den Haftungsregelungen. Jeder Freisetzungsversuch würde zu einem wirtschaftlich unkalulierbaren Risiko, weswegen die auf Freisetzungsversuche angewiesene Forschung zum Erliegen käme.

## Entscheidung im Herbst

Im Juni hat das Bundesverfassungsgericht eine mündliche Verhandlung anberaumt, bei der auch der Bund für Umwelt und Naturschutz sowie der Bundesverband ökologische Lebensmittelwirtschaft gehört werden. In keiner Weise in das Verfahren eingebunden sind die Imker, als eine der mit am heftigsten betroffenen Berufsgruppen. Dass am 26. Juni bereits ein Urteil gesprochen wird ist unwahrscheinlich.

mn

## Normenkontrollantrag

Soll ein Gesetz auf seine verfassungsmäßige Richtigkeit geprüft werden, geschieht dies vor dem Bundesverfassungsgericht. Derartige Überprüfungen können nur von ausgewählten Personenkreisen eingeleitet werden. Zum einen von Gerichten, wenn sie bei der Anwendung von Gesetzen diese für verfassungswidrig halten. In diesem Fall spricht man von einer konkreten Normenkontrolle. Aber auch die Bundesregierung, Landesregierungen sowie ein Drittel der Mitglieder des Bundestages können das Bundesverfassungsgericht mit einer abstrakten Normenkontrolle anrufen.

# Anbauregeln für Amflora

Die Regeln für den Anbau der Genkartoffel wurden von BASF und den Anbauern festgelegt

Auf ihrer Konferenz in Plön haben die Länder-Agrarminister die Bundesregierung aufgefordert, schnellstmöglich pflanzenartspezifische Regeln für die gute fachliche Praxis von Kartoffeln zu entwickeln. Die diesjährige Anbausaison orientiert sich nun an den kurzfristig zwischen dem mecklenburgischen Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei, dem anbauenden Landwirt und der BASF erarbeiteten Anbauregeln. Die in Eigeninitiative entwickelten Regeln beziehen sich auf die Einfuhr von Pflanzgut, die Kennzeichnung von Pflanz- und Industriekartoffeln, Kontrollen, Abstände, Lagerung, Fruchtfolge und Durchwuchs. Auch wurde der Abstand „benachbarter“ Flächen auf 50 m festgelegt. Nicht weiter präzisiert wird, wie die Reinigung von Maschinen und „andere geeignete Maßnahmen“ für Koexistenz aussehen. Ge-

kennzeichnet werden müssen die Kartoffeln u.a. mit einem bestimmten Erkennungsmarker sowie der Aufschrift „Darf nicht als Futter- oder Lebensmittel verwendet werden“. Der Abstand zu gentechnikfreien Flächen muss mindestens 20 m betragen. Auf jedes Vegetationsjahr hat eine Durchwuchs-Kontrolle zu erfolgen. Entdeckter Durchwuchs soll „unverzüglich und mit äußerster Sorgfalt“ entfernt werden. Frühestens fünf Jahre später darf ein Feld erneut mit Kartoffeln bestellt werden. Der Pflanzguthersteller hat ein Eigenkontrollsystem (Identity Preservation Scheme der BASF) vorzulegen. Zudem muss ein Dienstleistungsvertrag zwischen dem Landwirt und BASF vorgelegt werden. Nach seiner Zulassung im März als Futtermittel für den kommerziellen Anbau, klagen jetzt deutsche Umweltverbände vor dem Europäischen Gerichtshof

gegen die Zulassung der gentechnisch veränderten Kartoffel. Grund: Die Kartoffel könne eine Resistenz gegen Antibiotika auslösen. Dies widerspreche dem EU-

Recht, das Gen-Konstrukte verbiete, die zu Risiken in der Humanmedizin führen. Ob und wann der EUGH die Klage annimmt, ist nicht sicher. ch



Noch ist die Ernte rein von Gentechnik.

©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

# Beträchtliche Kosten durch „Koexistenz“

Nulltoleranz für Saatgut muss bleiben

Seit Jahren schwelt in der EU ein Streit: Es geht um die Einführung von Schwellenwerten für zufällig oder technisch nicht vermeidbare gentechnische Verunreinigungen im konventionell gezüchteten Saatgut. Die EU gibt derzeit keine Schwellenwerte für Saatgut vor, sondern jegliche verunreinigte

Schwellenwert von 0,5 Prozent bereits ein „Zugeständnis“. Nachfolger Stavros Dimas, bis Februar diesen Jahres zuständig, zweifelte die Notwendigkeit von Schwellenwerten an. Unmut erregte er damit bei der europäischen Saatgutindustrie, deren Interessen zum großen Teil denen der Gentechnik-

wird Mais in der EU auf einer Gesamtfläche von bis zu 6,5 Millionen ha angebaut, während für die Saatgutproduktion lediglich bis zu 86.000 ha gebraucht werden. Somit wäre der Aufwand für Saatgutreinheit in gentechnikfreien Regionen für die Saatgutproduktion relativ gering. Da in der Saat-

werden, etwa durch größere Sicherheitsabstände und den Kauf von Saatgut, welches strengeren, privaten Standards entspricht. „Schon heute – ohne nennenswerten Gentechnik-Druck – entstehen hierzulande beträchtliche Kosten“, weiß Stolze, „Koexistenz gibt's nicht zum Nulltarif.“ In einem verarbeitenden Betrieb mit 20 Angestellten sei eine Person extra für Qualitätsmanagement zuständig. Viele Verarbeiter betrieben Vertragsanbau. Für Landwirte bedeutet die Vertragsbindung ein Verlust an Freiheit. Unterschiedlich sei, ob Verarbeiter eigens produziertes Saatgut und Kontrolleure stellen. Mit der Festlegung von Schwellenwerten kämen auf Landwirte und Verarbeiter folglich hohe Koexistenzkosten zu. Diese sollten nach dem Verursacherprinzip, also von den großen Gentechnikkonzernen, getragen werden.

## Strenge Saatgutreinheit

Laut IFOAM-Studie würde die EU-Landwirtschaft als Saatgut-Nettoexporteur durch Nulltoleranz kein Risiko eingehen, sondern, im Gegenteil, profitieren. Das Ausmaß der ökonomisch möglichen Katastrophen im Zusammenhang mit gentechnisch verunreinigtem Saatgut zeigt der Skandal um Leinsamen 2009 in Kanada. Noch viele Jahre nach Auslaufen der Anbauzulassung konnte sich die gentechnisch veränderte Sorte unkontrolliert weiterverbreiten. Der einzige Ausweg scheint zu sein, das gesamte kanadische Leinsamen-Saatgut zu vernichten. Ähnliche wirtschaftliche Schäden könnten auch Europas Landwirtschaft drohen, sollte die Saatgutreinheit schwinden.

Obwohl seit 2004 kein neuer Vorschlag geliefert wurde, hielt die Europäische Kommission offiziell weiter an ihren Plänen fest. Da die Gentechnik-Lobby nicht untätig bleibt, ist mit weiteren Anläufen bis 2014 zu rechnen. Mit dem neuen maltesischen Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, John Dalli, wurde wieder eine Gentechnik freundlichere Politik eingeleitet, wie die eilige Zulassung der Amflora zeigt. ch



Die Vielfalt des Saatguts ist durch Gentechnik bedroht!

©BLE, BonnFoto: Thomas Stephan

Charge muss aus dem Verkehr gezogen werden. Damit setzt sie konsequent auf das Vorsorgeprinzip. Würde ein Schwellenwert eingeführt, gäbe es unterhalb dessen keine Kennzeichnung und die Rückverfolgbarkeit späterer Verunreinigungen wäre unmöglich. Die Verwässerung der Saatgutreinheit hätte Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die weiterführende Lebensmittelproduktion, die Wahlfreiheit der Verbraucher sowie die sog. Koexistenz.

## Bisherige Entwürfe

Den letzten Entwurf einer solchen Richtlinie hatte Kommissionspräsident Prodi im Herbst 2004 kurzfristig gestoppt. Begründung: Der Entwurf von Kommissarin Wallström sei „noch nicht ausgereift“ – besonders wirtschaftliche Folgen für Landwirte und Industrie sollten weiter untersucht werden. Der Entwurf sah beispielsweise einen Schwellenwert von 0,3 Prozent für Maissaatgut vor. Dies war nach dem ersten Anlauf 2002 mit einem

Lobby entsprechen. Ein häufiges Argument gegen einen Schwellenwert von 0,1 Prozent ist, ein solcher sei nur unter Laborbedingungen nachweisbar. Dass dies ein Irrtum ist, zeigt Vorreiterland Österreich, wo bereits 2001 eine praktikable Lösung gefunden wurde: Eine zweistufige Messung, bei der die erste Probe gentechnikfrei sein muss und nachfolgende Messungen nicht mehr als 0,1 Prozent GVO enthalten dürfen.

## Gentechnikfrei von Anfang an

Eine aktuelle IFOAM-Studie untersuchte die ökonomischen Auswirkungen verschiedener Saatgut-Grenzwerte. Die Autoren Christoph Then (Testbiotech) und Matthias Stolze (FiBL) kommen zu dem Ergebnis, dass durch Beibehaltung der Saatgutreinheit in der Saatgutproduktion Koexistenzkosten für die Land- und Lebensmittelwirtschaft am geringsten sind, da die Flächengröße für Saatguterzeugung im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Gesamtfläche niedrig ist. Beispielsweise

guterzeugung schon heute alles getan wird, um eine sehr hohe Sortenreinheit zu gewährleisten, sollten die Anforderungen für Gentechnikfreiheit die Branche nicht überfordern. Berechnungen der o.g. Studie, die verschiedene Produktionsstadien einbeziehen, zeigen, dass die Reinhaltung von Rohstoffen wie Mais auf der Stufe der Saatguterzeugung am effektivsten funktioniert. Bei einem Verhältnis von Saatgut zu Ertrag bei Winterweizen von etwa 1:70 leuchtet das ein. Ausgehend von dem Kennzeichnungsgrenzwert von max. 0,9 Prozent in Endprodukten untersuchten die Wissenschaftler, ob bzw. mit welchem Aufwand Bauern der Lebensmittelindustrie weiterhin die erforderliche Qualität von 0,1 bis 0,5 Prozent liefern können, sollte die Nulltoleranz fallen.

## Schwellenwerte treiben Kosten

Ergebnis: Lebensmittelstandards könnten nur durch kostenintensive Zusatzmaßnahmen der Bauern gehalten

## Präzedenzfall Brokkoli-Patent

Im Juli steht vor der großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts mit dem Brokkoli-Patent eine Verhandlung mit weitreichenden Folgen an. Das 2002 vom Europäischen Patentamt erteilte Patent bezieht sich auf ein konventionelles Zuchtverfahren der britischen Firma Plant Bioscience und daraus gezüchteten Brokkoli und Samen. Beschwerde eingelegt hat unter anderem der Konzern Syngenta, der selbst ähnliche Patente eingereicht hat. Die Firma argumentiert, dass sich dieses Patent auf im wesentlichen biologische Prozesse zur Züchtung bezieht, welche nicht patentierbar sind. Wahrscheinlich ist, dass Syngenta das EPA zwingen will, die Patentierung von konventionellem Saatgut zu bestätigen, anstatt das Patent zu widerrufen. Jetzt soll geklärt werden, wie genau „ein im wesentlichen biologischer Prozess zur Züchtung“ definiert ist. Sollte das Brokkoli-Patent bestätigt werden, wäre diese Entscheidung bindend für alle anhängigen Patentanträge – auch in der Tierzucht. In der Folge dürften Landwirte ihr Saatgut aus der Ernte nicht mehr zurückbehalten und Züchter könnten nur noch eingeschränkt arbeiten. Hohe Kosten und Einflussmöglichkeiten der Patentinhaber drohen.

Öffentliche Anhörung in München: 20. und 21. Juli. Demonstration vor dem Gebäude: 11 bis 14 Uhr. Einen Tag zuvor ist eine öffentliche Konferenz geplant. ch

## Widerstand gegen Klonfleisch

Im Juli soll das EU-Parlament in zweiter Lesung über die Neufassung der Verordnung für neuartige Lebensmittel abstimmen. Dabei geht es u.a. um die Frage, ob Milch von geklonten Tieren und Fleisch von deren Nachfahren wie andere neuartige Lebensmittel zugelassen werden dürfen. Der Umweltausschuss des Parlaments stimmte Anfang Mai gegen diesen Vorschlag und stellte sich damit gegen die Mitgliedsstaaten und die Kommission. Martin Häusling (Grüne) forderte von der Europäischen Kommission, sie müsse einen Vorschlag für das Verbot des Klonens von Nutztieren und aller aus diesen oder den Nachfahren hergestellten Lebensmitteln vorlegen. Ließe sich das Parlament umstimmen, dürften solche Milch- und Fleischprodukte, deren Verkauf zur Zeit noch nicht geregelt ist, frei verkauft werden. Laut der Verordnung dürfen Produkte nur verboten werden, wenn sie der Gesundheit schaden. Auf „Klonprodukte“ trifft dies laut Einschätzung der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA jedoch nicht zu. Zur Zeit arbeiten vor allem amerikanische Firmen auf diesem Gebiet. ch

## Gatersleben-Verfahren aufgerollt

Das Oberlandesgericht Naumburg entschied im Prozess um die Zerstörung eines Genweizen-Versuchs am 25. Mai, dass das Verfahren neu aufgerollt wird. Es wies das den Fall damit zurück an das Magdeburger Landgericht. Angeklagt sind sechs junge Gentechnik-Gegner, die im April 2008 einen Teil der Versuchsanspflanzung vom Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung nahe der Genbank Gatersleben verwüestet hatten. Im Juni des vergangenen Jahres waren die Aktivisten vom Landgericht Magdeburg zur Zahlung von Schadensersatz verurteilt worden. Beide Parteien hatten dagegen Berufung eingelegt.

Vor dem Magdeburger Landgericht soll nun mit Hilfe eines Sachverständigen geklärt werden, ob bei der Aktion der gesamte Versuch unbrauchbar gemacht wurde. Erst dann kann die Höhe des Schadensersatzes festgelegt werden. Möglich sind nach Angaben des Gerichts bis zu 104.000 Euro, ursprünglich gefordert hatte das Institut 245.000 Euro. Die Verurteilten sehen keinen Schaden. Sie argumentieren, dass die veränderten Pflanzen nicht auf das Feld hätten gebracht werden dürfen. Das Verfahren stellt ein Exempel für zukünftige Schadensersatzansprüche dar. ch

Kurzes am Rande

## Als Aktionär bei BASF

„Der dickste Konzern hat die dümmste Kartoffel“

Anlässlich der jährlichen BASF-Hauptversammlung protestierte am 29. April ein breites Bündnis aus Bauern, NGO's und Studenten gegen die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora. Sechs Tonnen Kartoffeln schütteten die Aktivisten unangemeldet vor die Eingangstür des Gebäudes in Mannheim und machten damit ihrem Ärger Luft. Zu dem Bündnis gehörte unter anderem die junge AbL, die Witzenhäuser Agrarstudierenden, Landwirte und Gärtner für eine gentechnikfreie Landwirtschaft sowie der Verein Gentechnikfreies Europa. Die Aktion stand unter dem Motto „Der dickste Konzern hat die

dümmste Kartoffeln“. Sprecher der Witzenhäuser Agrarstudierenden Phillip Brändle betont: „Für Landwirte stellt diese Kartoffel eine direkte Bedrohung der Existenz dar, da wir mit Sicherheit davon ausgehen müssen, dass es langfristig zu einer Vermischung von Amflora mit konventionell angebauten Sorten kommt.“ Mit der Aktion sollten die Aktionäre davon überzeugt werden, dass die Amflora nicht nur gesundheitliche Risiken birgt, sondern auch wirtschaftlich Schaden anrichten kann. Laut Umfragen haben Stärkeproduzenten kein Interesse an der umstrittenen Gentechnik-Kartoffel. ch



Die junge AbL demonstriert bei der BASF-Aktionärsversammlung gegen Amflora.

Foto: Brändle

## „Insel der Seligen“

erste offiziell gentechnikfreie Region

In der EU gibt es mit der portugiesischen Insel Madeira erstmals offiziell eine gentechnikfreie Region. Bereits im Frühjahr 2009 hatte Portugal einen entsprechenden Antrag in Brüssel gestellt. Die Europäische Kommission hatte die Frist, diesem Antrag zu widersprechen, bewusst verstreichen lassen. Zukünftig ist auf der Insel folglich der Anbau gentechnisch veränderter Organismen verboten. Zusammen mit der wachsenden Zahl inoffizieller gentechnikfreier Regionen in Europa ist dies ein mutmachender Schritt. Auf Madeira spielt die biologische Landwirtschaft eine zunehmende Rolle und auch

Naturschutzargumente sprachen für die Entscheidung. Laut Nachrichtendienst *Agrareurope* verwies ein Sprecher des Gesundheitskommissars Dalli darauf, dass man den Schritt der Kommission vor dem Hintergrund der angekündigten Strategie verstehen müsse, den Mitgliedstaaten beim GVO-Anbau mehr Freiraum zu gestatten. Ob Madeira zum Präzedenzfall für andere EU-Regionen wie Bayern werden könnte, dazu habe er sich allerdings nicht äußern wollen. Grundsätzlich gelte aber, dass die Kommission mit den Mitgliedstaaten kommuniziere, nicht mit einzelnen Regionen. ch

## Nachbau wieder vor BGH

Neue Verhandlungen vor dem Bundesgerichtshof in Sachen Nachbaugebühren stehen an

Etwas ruhiger war es in letzter Zeit in den Gerichtssälen landauf landab rund um das Thema Nachbaugebühren geworden. Laufende Verfahren zur weiteren Klärung verschiedener Details gibt es aber dennoch. In zweien gibt es nun Termine für mündliche Verhandlungen vor dem Bundesgerichtshof (BGH). Am 24. Juni findet der Revisionstermin für ein Verfahren statt, das schon sehr lange die Gerichte in Deutschland beschäftigt und eigentlich immer schon ein besonderes Beispiel für die Hartleibigkeit von Pflanzzüchtern und Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) darstellt. Es ist der Fall des sächsischen Aufbereiters Hans-Jürgen Wahl, der vor nunmehr zehn Jahren für zwei landwirtschaftliche Betriebe Nachbausaatgut zweier Sorten der blauen Lupine aufbereitet hatte. Damals war ihm nicht bewusst, dass es sich um Saatgut der blauen Lupine handelte, deren Nachbau – im Gegensatz zu dem der weißen Lupine – vom Züchter untersagt war. Zwar holten sich die nachbauenden Bauern im Nachhinein damals die Erlaubnis, den Nachbau durchzuführen, von dem Züchter, dieser hielt aber die Unterlassungs- und Schadensersatzklage gegenüber dem Aufbereiter Wahl aufrecht. Lange schleppte sich das Verfahren vor dem Landes- und Oberlandesgericht in Dresden hin, bevor im vergangenen Dezember das OLG zugunsten Wahls entschied. Ein wichtiger Punkt war in dem Zusammenhang, dass bereits noch im laufenden Verfahren vor dem Landgericht Dresden das Bundessortenamt in Hannover die Auskunft hätte erteilen können, dass der Sortenschutz für die beiden betreffenden Sorten zurückgezogen worden war. Diese Auskunft erreichte den verurteilten Aufbereiter erst im Jahr 2009, während des laufenden Verfahrens vor dem OLG, so dass man der STV auch eine gewisse böse Absicht unterstellen könnte. Das OLG urteilte dann im Sinne des Aufbereiters, zog ins Kalkül, dass kein Sortenschutz für die Sorten mehr existierte und sprach ihn ebenfalls von dem Vorwurf frei, er hätte zum damaligen Zeitpunkt erkennen oder wissen müssen, dass die Aufbereitung der beiden Sorten unerlaubt war. Die Züchterfirma, die I. G. Saatucht GmbH & Co. KG, beantragte daraufhin die Revision vor dem Bundesgerichtshof. Eine entscheidende Frage wird auch hier sein, ob die Bauern und Bäuerinnen die von der STV in den sogenannten Nachbauratgebern aufgeführten Sorten als nachbaufähig ansehen können, oder ob ihnen – so die Begründung der Züchter – dort lediglich Hinweise auf Sorten gegeben werden und die Bauern und Bäuerinnen verpflichtet sind, sich darüber zu informieren, ob sie sie nachbauen dürfen oder

nicht. In Frage stellen die klagenden Züchter auch die Aussage des EuGH, dass ein Aufbereiter nicht dazu verpflichtet ist, den Sortennamen bei seinem bäuerlichen Kunden zu erfragen, bevor er aufbereitet, auch hierzu könnte der BGH am 24. Juni etwas sagen.

bühren und Nachbaugesetze und ihren Anwälten in die Berufung vor dem Bundesgerichtshof gegangen. Dieser wird Ende Juli zur mündlichen Verhandlung zusammenkommen. Auch hier geht es um Fragen mit weitreichender Bedeutung im Zusammenhang mit den Nachbaugebühren. Endgültig



Eine spezielle Form der Aufbereitung.

Foto: ©BLE, Bonn/Stephan

### Weiteres Verfahren

Auch das zweite, auf den 29. Juli terminierte Verfahren vor dem Bundesgerichtshof verspricht Spannung. Hier geht es um vermeintliche Schadensersatzansprüche, die die STV geltend macht gegenüber der landwirtschaftlichen Geistbeck GbR, die eine fehlerhafte Nachbauerklärung abgegeben hatte. Die STV klagt auf sogenannten verhehlten Nachbau und will nun statt der von den Bauern und Bäuerinnen bereits gezahlten Nachbaugebühren, die kompletten Z-Lizenzen als Schadensersatzleistung. Das zuständige Landgericht wie auch das Oberlandesgericht hatten im Sinne der STV geurteilt, die Bauern und Bäuerinnen sind mit Unterstützung der Interessengemeinschaft gegen die Nachbauge-

zu klären ist der Punkt, in wie weit die STV bzw. die Pflanzzüchter finanzielle Ansprüche über die Nachbaugebühren hinaus geltend machen können, wenn Bäuerinnen und Bauern, wissentlich oder unwissentlich, falsche Angaben zu ihrem Nachbau machen. In einer juristischen Stellungnahme eines ehemaligen Richters am BGH geht dieser davon aus, dass nur die Höhe der Nachbaugebühren geltend zu machen ist, zumal auch der Gesetzgeber von einer angemessenen Gebühr, die deutlich niedriger als die Z-Lizenz sein sollte, spricht. Etwas einzufordern, was in der Summenhöhe an die Z-Lizenz heranreicht, erscheint unangemessen, wenn es auch das OLG so ausgelegt hat. Der BGH wird es nun endgültig festlegen müssen. cs



### Kein Bock auf Käfer

Pflanzenimporte aus China werden verschärft kontrolliert. Grund ist das Auftauchen des Citrusbockkäfers, der laut der EU-Kommission eine erhebliche Gefahr für europäische Wälder und Parks darstellt. Das in Europa nicht heimische Schadinsekt könne einige Obst- und Ahornbäume, aber auch Birken und Weiden befallen. Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCoFCAH) veranlasste Maßnahmen wie die systematische Suche in chinesischen und europäischen Häfen nach Larven auf Bäumen, die für den Transport von China nach Europa bestimmt sind. Zudem sollen für den Import zertifizierte Baumschulen von sechs auf vier reduziert werden. Die Einfuhr von Ahornbäumen wird gänzlich verboten. Der Schädkäfer tauchte im vergangenen Jahr hauptsächlich in Italien und den Niederlanden auf. Laut der EU seien die Bekämpfungsmaßnahmen bei einem Ausbruch umfassend und kostspielig. mh

# Mehrgefahrenversicherungen

Finanzielle Absicherungen können nur eine kurzzeitige Sicherheit bieten

## Klima wandelt Landwirtschaft

Auch Bauern müssen sich dem Klimawandel anpassen. Zu diesem Schluss kam Ende Mai ein Vertreter des Deutschen Wetterdienstes (DWD), Dr. Paul Becker. „Die deutschen Landwirte werden im Verlauf dieses Jahrhunderts aufgrund steigender Temperaturen zunehmend wärmeliebende Pflanzen einsetzen“ erklärte er. Südeuropäische und südosteuropäische Gegenden müssten mit weniger Niederschlägen und damit einhergehenden Problemen rechnen. Die nordeuropäische Landwirtschaft gehöre hingegen zu den Profiteuren des Klimawandels, so Becker. Die Berichterstattung aus norddeutschen Gebieten wie Brandenburg zeigt hingegen ein anderes Bild: trockene Monate und Starkregen innerhalb kürzester Zeit sorgen schon seit Längerem für Ernteauffälle und Verluste auf den Betrieben. Becker setzt auf eine vermehrte Zweinutzungskultur. Denkbar wäre beispielsweise die Ernte von Wintergetreide im Mai, um danach Mais anzubauen. Ob die dafür benötigten Wassermengen dann zur Verfügung stehen werden ist jedoch unwahrscheinlich. „Es weist einiges darauf hin, dass wir mit einem Rückgang der Niederschlagsmengen im späten Frühjahr und in den Sommermonaten rechnen müssen“, so Becker. Trotz dieser alarmierenden Fakten sieht Becker keine Gefahr für die deutsche Landwirtschaft: Wer auf die Pflanzenforschung und die technischen Fortschritte der Agrarwirtschaft vertraue und zugleich konsequent die Regeln der guten fachlichen Praxis anwende könne sich an die Veränderungen des Klimas anpassen. *mh*

Es gibt nichts Sinnloseres, als sich übers Wetter aufzuregen.“ Ein Ausspruch eines befreundeten Bauern, bei dem einem nichts anderes übrig bleibt, als zustimmend mit den Schultern zu zucken. Nachdem allerdings das Wetter in den letzten Jahren immer unberechenbarer wurde, sucht aktuell die Versicherungsbranche nach Wegen, die finanziellen Schäden in Folge von klimatischen Bedingungen und zunehmend schwankenden Preisen in den Griff zu bekommen. Es wird auf europäischer Ebene über die Unterstützung von

ter anderem Ernte-, Tier-, und Pflanzenversicherungsprämien fallen. Die Versicherungsprämien für wirtschaftliche Einbußen aufgrund von Frost, Hagel, Eis, Regen, Dürre und Tierseuchen werden mit maximal 65 Prozent bezuschusst.

Die Effektivität von Versicherungen ist stark von dem verfolgten Ziel abhängig. Das Beispiel USA macht deutlich, wozu Ernteversicherungen nicht dienen, nämlich als Einkommensstütze. Die lange Tradition der Ernte- und Einkommensversicherungen, die dort im 19. Jahrhundert einge-

chen von 22 Programmen und 150.000 Kombinationsmöglichkeiten, durchschaut kaum jemand das Versicherungssystem, in das 2007 stattliche 90 Mrd. US\$ geflossen sind. Zu beobachten ist außerdem, dass die gegebene Sicherheit standortgerechte Produktionsweisen in den Hintergrund treten lässt. Neben den wirtschaftlichen und ökologischen Kritikpunkten wird die in den USA praktizierte Einkommensversicherung stark von der WTO angegriffen. Die Zahlungen sind direkt den Produkten zuzuordnen und müssen nach der Agrarkonvention abgebaut werden.



Gegen Hagelschäden sind viele Landwirte versichert.

Foto: Sparkie/pixelio

Mehrgefahrenversicherungen nachgedacht. Allen voran Frankreich, dessen Agrarminister 2008 eine Förderung der Mehrgefahrenversicherung in der GAP vorschlug nach dem Beispiel von Spanien oder Portugal, die, unter anderen, die Mehrgefahrenversicherung seit vielen Jahren fördern. Die Unterstützung greift bei Sturm-, Hagel-, Trockenheits-, Überschwemmungs- und Brandschäden, je nach Land und Versicherungsangebot.

Diese Art von Versicherung ist auf staatliche Unterstützung angewiesen, da die finanzielle Belastung bei großflächigen Schadensfällen die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Unternehmens übersteigt. Daher sind Angebote einer Ernteversicherung immer mit agrarpolitischen Entscheidungen verbunden.

### Länderspezifische Förderung

Bisher existiert noch keine einheitliche Richtlinie der EU, die ausdrücklich die Mehrgefahrenversicherungen fördert. Die Mittel, die den Mitgliedsstaaten bisher dafür zur Verfügung stehen, laufen unter „besondere Stützung“ (VERORDNUNG (EG) Nr. 73/2009, Art. 68), worunter un-

führt wurden, spricht nicht für ein erfolgreiches Modell. In groben Zügen besteht die Versicherung aus einer Basispolice, die zu 100 Prozent staatlich subventioniert ist. Diese Basis sichert dem Landwirt im Fall eines Totalausfalles einen Ausgleich von 27,5 Prozent des erwarteten Erntewertes. Darauf aufbauend können für jede Kultur oder auch den Gesamtbetrieb Policen abgeschlossen werden, so genannte „buy up's“, die sich durch sinkende Selbstbeteiligung zu überproportionalen Kosten auszeichnen.

### USA: undurchschaubare Vielfalt

Eine Erweiterung des Ernteversicherungsmodells in den USA ist die dortige Einkommensversicherung, die neben den erwarteten Ertragsmengen auch einen Preis festlegt. Damit können sich die Landwirte gegen Preisschwankungen auf dem Markt schützen.

Das Angebot in den USA führte zu einer hohen Dichte an Versicherungsanbietern, die zum Teil staatlich vorgegebene, aber auch eigene Produkte anbieten. Zusätzlich bedingt durch eine hohe Anzahl an Kombinationsmöglichkeiten, Experten spre-

### Gefahren nicht Einkommen

Innereuropäisch wird nicht über Einkommensversicherungen, sondern nur über Mehrgefahrenversicherungen gesprochen. In Spanien können seit 1980 30 verschiedene Kulturen gegen Sturm, Frost, Dürre, Starkregen, Überschwemmung, Brand und Hagel versichert werden. Je nach Region findet eine staatliche Unterstützung zwischen 20 bis 55 Prozent der Prämien statt. Im Jahr 2008 wurden 680,6 Mio. € für Prämien aufgewandt sowie 443,8 Mio. € für die Versicherungen. Aufgrund von extremeren Naturereignissen der letzten Jahre hat sich die Höhe der Beträge seit 1991 verfünffacht, wobei das Verhältnis von Prämie zu Subventionen ziemlich konstant blieb. Ebenso wie in den USA spielen auch hier ökologische Richtlinien keine Rolle.

In Deutschland zeichnet sich eine indirekte Förderung der Ernteversicherungen durch eine Veränderung des Beihilfegesetzes ab, in dem seit dem 1. Januar 2010 die Schadensfälle, die zusätzlich versichert sind, mit mehr Mitteln aus den Katastrophenfördertöpfen unterstützt werden.

### Langfristige Strategien entwickeln

Die Erfahrung der Länder, die Mehrgefahrenversicherungen staatlich fördern, zeigt, dass sich die Kosten der Versicherung in den letzten Jahren aufgrund von klimatischen Ereignissen dramatisch gesteigert haben, was der Prognose der sinkenden Agrarfördermittel entgegensteht. Aber auch abgesehen von der Geldmenge, die nach 2013 zur Verfügung steht, ist abzusehen, dass klimatische Schwankungen die Landwirtschaft auch zukünftig noch fordern und beschäftigen werden. Um dem langfristig entgegenzutreten zu können, erscheint es hilfreicher, ökologische und produktionstechnische Lösungen zu suchen, anstatt kurzfristige und eindimensionale Maßnahmen zu propagieren, die womöglich mehr den Versicherungen nutzen als den Landwirten.

Lea Unterholzner  
freie Mitarbeiterin der AbL



# Kontoauszüge sind Sparbücher

Eine Kontenprüferin hilft, den Schatz zu heben

Johannes Pfortner (Name geändert, um Vergleichsverhandlungen nicht zu stören), Bio-Schweinezüchter, wehrt sich gegen den Versuch einer Volksbank, seinen Hof zwangsversteigern zu lassen. Er meint, nicht er schulde der Bank 180.000 Euro, sondern die Bank ihm mehr als eine Viertelmillion. Darüber wird heftig gestritten, aber immerhin hat die Bank schon einmal 50.000 Euro Nachlass angeboten.

Andere sind bereits weiter: Peter Schorr, Milchviehhalter aus Eppelborn im Saarland, hat seiner Bank rund 50.000 Euro abgenommen. Hans Ohausen (Name aufgrund einer Stillschweigensvereinbarung geändert), Schweinezüchter aus Niedersachsen, hat seiner Sparkasse gerade einen Vergleich über 30.000 Euro bar auf die Hand abgetrotzt; und einem Klienten des Erfurter Anwalts Dr. Holger Schilling, einem Baustoffhändler aus dem Bayerischen, erließ eine Sparkasse satte 350.000 Euro Schulden – immerhin 95 Prozent dessen, was sie ursprünglich haben wollte.

Der Grund für den Geldsegen ist in allen diesen Fällen identisch: Die Genannten sind den Kreditgebern darauf gekommen, dass die ihnen über Jahrzehnte die Kontokorrentkonten falsch abgerechnet und dadurch immense Zinsgewinne zu ihren Lasten gemacht haben. Bei der Ermittlung des Schadens hat ihnen die Industriekaufrau und geprüfte Buchhalterin Anna Maria Möntmann geholfen, die in Bad König (Odenwald) ihre „Kontendetekti“ betreibt.

## Was wird da wie aufgedeckt?

Die Kontenprüfung vergleicht die fehlerhafte Kontokorrent- und Darlehensabrechnung der Bank mit der in einem Kontrollkonto, das entsprechend der Gesetzes- und Rechtsprechungslage geführt wird. Dabei entsteht eine Saldendifferenz, die die unge-

rechtfertigte Bereicherung seitens der Bank aufzeigt. Berücksichtigt werden

- Wertstellungsfehler (hereinkommende Gelder werden zu spät ein- und herausgehende Gelder zu früh ausgebucht);
- unkorrekte Zinsanpassung (die Bank folgt den Schwankungen des Geldmarktes nur unzulänglich);
- benachteiligende Zinskumulationen bei Umschuldungen (die Bank verzinst Darlehenszinsen im Kontokorrentkonto zusätzlich mit Überziehungszins);
- allgemein unberechtigte Überziehungszinsen;
- nicht vereinbarte Provisionen sowie
- unzulässige Gebühren (zum Beispiel solche für Rücklastschriften).

Mit diesen Schummeleien einschließlich von Anpassungsklauseln, die der Zinswillkür freie Bahn ließen, hat die Rechtsprechung bis hin zum Bundesgerichtshof seit langem Schluss gemacht; allerdings ohne dass es die Banken besonders gekümmert hat. In ihrem Gefühl, über Recht und Gesetz zu stehen, haben sie die ungerechtfertigten Gewinne nicht etwa von sich aus zurückgebucht, sondern in den Konten behalten und weiter verzinseszinst – mit Existenzen bedrohenden Folgen. Die Kontenprüferin: „Wem eine Bank Monat für Monat um 100 Euro zuviel Zins vom belasteten Kontokorrentkonto abgebucht hat, der hat nach 20 Jahren und einer durchschnittlichen Jahresverzinsung von 14 Prozent einen Schaden von knapp 130.000 Euro erlitten. Das geht jedem an die Substanz.“ Monatlich 100 Euro Zinschaden sind so unüblich nicht und bei zum Beispiel 50.000 Euro Überziehung sowie Zinssatzfehlern von einem bis einhalb Prozentpunkten schnell erreicht. Anwalt Dr. Schilling: „So kommen erhebliche Gegenforderungen zustande, die die

Banken lieber per Vergleich erledigen, als sich ein Urteil einzufangen, das dann auch noch öffentlich wird.“

## Kontenprüfen wozu?

Was lässt sich mit den Kontenprüfergebnissen anfangen? Entweder das Geld zurück holen oder Vollstreckungen beenden. Dr. Schilling: „Wenn eine Bank die Grundschuld vollstreckt, muss der Bankkunde die Vollstreckungsschutzklage einlegen. Die ist dann Erfolg versprechend, wenn der Landwirt beweisen kann, dass die angeblichen Schulden bereits bezahlt sind – nämlich durch die unberechtigt eingezogenen Zinsen. Beweisen lässt sich das allein durch ein Kontenprüfergutachten“.

Welche Daten werden gebraucht?

Möntmann: „Alle greifbaren Kontoauszüge und Kreditverträge. Ich erstelle daraus zuerst eine Zinsübersicht und in Abstimmung mit dem Anwalt die Prüfmethode. Je älter die Auszüge, desto besser“, denn, so Schilling: „In einem bestehenden Kontokorrentverhältnis spielt Verjährung meist keine Rolle“; aber umso höher fällt der Anspruch auf Nutzungsherausgabe aus. Seit dem 19. Mai ist Schweinezüchter Pfortner noch optimistischer als ohnehin schon: An diesem Tag war die erste mündliche Gerichtsverhandlung, bei dem die Richterin nachdrücklich einen Vergleich angemahnt hat. Die Bank hat daraufhin noch einmal kräftig nachgebessert und noch vor dem Termin die Zwangsversteigerung für ruhend erklärt.

Pfortner: „Warum geht das eigentlich immer nur unter Druck? Kann nicht jemand von den Bauernverbänden dafür sorgen, dass die Banker sich zu ihren früheren Fehlern bekennen und den Betroffenen bei der Krisenbewältigung helfen, statt sie zu vernichten?“

Hans G. Möntmann  
freier Journalist,  
verheiratet mit Anne Möntmann

## Insolvent

Mit 50 % weniger Schweinehaltern bis zum Jahr 2014 rechnet man laut SUS in Dänemark, weil viele ältere Halter aufhören und viele junge Landwirte ihre Höfe zu teuer gekauft haben und nun wegen der schlechten Preise Insolvenz anmelden. *en*

## Razzia bei Subunternehmern

Der Zoll hat jüngst bei einer Razzia Geschäftsräume auf dem Gelände des Geflügelkonzerns Wesjohann-„Wiesenhof“ in Lohne durchsucht. Zwei Wesjohann-Subunternehmer sollen mindestens 100 bulgarische Arbeitnehmer illegal beschäftigt haben. *en*



Foto: andrloir/pixelio

## Für Bodenreformen gab es gute Gründe

Onno Poppinga stellt fest: Die Bodenreform muss im zeitlichen Zusammenhang gesehen werden

### Gutsherren- Manieren ohne Erfolg

Die Familie Lindhorst aus Winsen bei Celle, ursprünglich im Viehhandel aktiv und dabei während der Wende nach 1990 mit Ostgeschäften reich geworden, mittlerweile über die JLW Holding AG Besitzer von 17.000 Hektar Landwirtschaft und beteiligt an 40 Biogas-Anlagen, ist mit ihren Plänen für eine weitere Mega-Biogasanlage (2 MW) im Ort Walle bei Celle am Bürgerprotest gescheitert. Die Bürger sahen durch die riesige Anlage selbst, den LKW-Verkehr und den massiven Maisanbau das Leben in Walle, die touristischen Ziele und die Straßen des Ortes gefährdet. Als einige Ratsherren und auch der Waller Ortsbürgermeister Bedenken äußerten und sich eine Ablehnung im Rat abzeichnete, beschimpfte Lindhorst diese als „Brandstifter“, zerrte die persönlichen Verhältnisse eines Politikers an die Öffentlichkeit und droht nun auch mit rechtlichen Schritten. Zitat der Celleschen Zeitung zu Lindhorsts „unverschämten und arroganten Äußerungen über zwei Lokalpolitiker“: Lindhorst sei wohl gewohnt, „dass seine Vorstellungen umgesetzt werden“, dulde keinen Widerspruch, kenne es nicht, dass „ein kleiner SPD-Ortsbürgermeister und ein FDP-Mitstreiter ihm die Stirn bieten“ – Lindhorst solle sich öffentlich entschuldigen. **en**

In den letzten Ausgaben der *Unabhängigen Bauernstimme* ist ausführlich auf die Politik der staatlichen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) eingegangen worden. Das ist gut so, weil darüber ein guter Teil Zukunft der Landwirtschaft in den Neuen Bundesländern mit entschieden wird. Ich komme auch oft genug auf Großbetriebe in den Neuen Bundesländern, um mir vorstellen zu können, dass es bei manchen von ihnen so etwas wie einen Raumbeherrschungsanspruch gibt und dass der gerade über die BVVG-Flächen durchgesetzt werden soll.

Nicht einverstanden bin ich dagegen mit einigen Aussagen in den *Bauernstimme*-Beiträgen, die sich auf die Bodenreformen beziehen. Dabei gehe ich von dem Grundsatz aus, dass man versuchen muss, die Vorgänge auch aus ihrer Zeit heraus zu verstehen. Und: ich akzeptiere selbstverständlich, dass jemand, der aus einer von erzwungener Landabgabe betroffenen Familie stammt, eine sehr persönliche Sicht auf die Vorgänge hat.

#### Was ist Großgrundbesitz?

Es wird sprachlich der Eindruck erweckt, Großgrundbesitz als eigenständige soziale Schicht habe es gar nicht gegeben. So beispielsweise wenn in der BS Nr. 4 die Rede davon ist, in den sowjetischen Besatzungszonen seien „alle Bauern mit mehr als 100 ha“ enteignet worden. „Bauern“ mit mehr als 100 ha? 100 ha markierte einerseits eine Grenze in der Statistik: Bis 100 ha sprach man von klein-, mittel- und großbäuerlichen Betrieben; ab 100 ha von Gutsbetrieben bzw. Großgrundbesitz. Andererseits markierte die Grenze von 100 ha unterschiedliche sozialökonomische Lebenswelten, egal ob es sich beim Großgrundbesitz um adelige Rittergüter, um Fideikommiss, um eine Standesherrschaft oder um einen Betrieb im bürgerlichen Eigentum handelte. Ziel der historischen Forderungen nach Bodenreform in Deutschland wie in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern war es nicht nur, durch Landabgabe neue bäuerliche Stellen zu schaffen, sondern auch die politische Vorherrschaft der Großbetriebsstrukturen abzubauen.

(Im Buch von Walter Görnitz „Die Junker“ ist übrigens nachzulesen, dass es das Bestreben, Gutsbetriebe sprachlich in Bauernhöfe zu verwandeln, auch in der NS-Zeit gegeben hat. Dadurch erhoffte man, Vorteile aus dem Reichshofgesetz zu ziehen).

#### „Allodifizierung“

Die Ursachen für die Forderung nach einer Bodenreform waren vielfältig und gewich-

Sinne die Forderung nach Landabgabe, die der Großgrundbesitz zu leisten habe.

Die deutsche Geschichte ist voller Beispiele dafür, dass der Großgrundbesitz ein wichtiger Teil des überkommenen monarchistischen Systems war und das Aufkommen einer sozialen Demokratie heftig bekämpfte. Die Agrargeschichtsschreibung ist voller Belege für das außerordentliche Maß an sozialer und politischer Abhängigkeit in den „Gutsdörfern“ und ländlichen

Kreisen. Hier sei nur – als Beispiel für die Bekämpfung demokratischer Auffassung und Verhältnisse – an den Spruch des einflussreichen Herrn v. Oldenburg-Januschau erinnert: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“

#### Weite Machtbefugnisse

Solange es die Rechtsform der „Gutsbezirke“ gab, war der Gutsbesitzer immer gleichzeitig der Bürgermeister und hatte die Polizeigewalt. Zahllose Kirchen hatten den rechtlichen Status der „Patronatskirche“, das bedeutete u. a., dass die Kirchengemeinde vor Einstellung eines neuen Pastors die Zustimmung des „Patrons“ (des Gutsbesitzers) einholen musste. Auch die Tatsache, dass die Gewerkschaft der Landarbeiter sich erst nach Abschaffung der Monarchie Einfluss erkämpfen konnte, gehört zu den vielen Gründen, warum aus politischen, sozialen und ökonomischen Gründen eine Bodenreform gefordert wurde. Diesen beherrschenden Einfluss der Guts-

betriebe auf dem Land (in der *Bauernstimme* 4, S. 4) nur als „feste Dorfstrukturen“ zu beschreiben, verwundert mich denn doch sehr.

Eine besondere Schärfe in Deutschland hatte die Forderung nach Bodenreformen durch das NS-System bekommen. Die alliierten Siegermächte – und nicht nur die Sowjetunion – forderten eine Bodenreform. So bezeichnete die amerikanische Militärregierung ihren ersten Bodenreformgesetzentwurf als „Beitrag zur Demilitarisierung und zur endgültigen Ausschaltung des Einflusses der Junker und nazistischen Großgrundbesitzer auf Staatsangelegenheiten“. Gerade dieser Zusammenhang ist von Vertretern der Groß-



Ein Werbeplakat.

Foto: Deutsches Historisches Museum

betriebe spielte die Vorstellung eine große Rolle, den immensen Landverlust der bäuerlichen Betriebe im Rahmen der „Bauernbefreiung“ wiedergut zu machen. Das war als großes Unrecht empfunden worden. Die Gutsbetriebe hatten die Umwandlung ihrer historischen Lehngüter in privates Eigentum auf politischen Wegen durchsetzen können („Allodifizierung“). Die Bauern mussten aber in Deutschland – ganz anders als beispielsweise in Frankreich – ihre Höfe den Inhabern alter Rechte praktisch abkaufen. Wer das nicht konnte, der verlor sein Land. Das Reichssiedlungsgesetz der ersten deutschen Demokratie (verabschiedet am 11.08.1919) begründete genau in diesem

grundbesitzer in der Nachkriegszeit heftig bestritten worden – und selbstverständlich gab es in der Tat Gutsbesitzer, die die Nazis nicht unterstützt haben. Einige Untersuchungen sprechen aber doch eine eindeutige Sprache. So stellte H. Höhne in seiner Untersuchung über die SS fest, dass 1938 „schwarzuniformierte Adelige“ 18,7 % der SS-Obergruppenführer, 9,8 % der SS-Gruppenführer, 14,3 % der SS-Brigadeführer, 8,8 % der SS-Oberführer und 8,4 % der SS-Standartenführer ausmachten. In einer eigenen Untersuchung über die Durchführung der Bodenreformen in Hessen habe ich – durch Auswertung der Mitgliedskartei der NSDAP im damaligen „Document center“ der US-Armee – festgestellt, dass nicht weniger als 25 Prozent der männlichen Mitglieder der „Althesischen Ritterschaft“ Mitglieder der NSDAP waren. Erfahrungen dieser Art waren beteiligt daran, dass es im Artikel 42 der Verfassung des Landes Hessen vom 6.11.1946 heißt: „Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung die Gefahr politischen Missbrauchs oder der Begünstigung militaristischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen...“. Für die Bodenreform in Deutschland gab es gute Gründe. Das rechtfertigt aber natürlich keinesfalls die Form, wie sie in der sowjetisch besetzten Zone durchgeführt worden ist (Entzug der kompletten wirtschaftlichen Basis; Vertreibung und folgende Internierung der betroffenen Familien auf der Insel Rügen).

### Bodenreform schafft Bauernhöfe

Zu widersprechen ist auch der Behauptung, die Bodenreform ginge der folgenden Zwangskollektivierung nur voraus. So war es zwar im sowjetischen Einflussbereich – nur den Polen gelang es, die Zwangskollektivierung weitgehend zu verhindern –, aber so war es nicht generell und auch nicht in den drei übrigen Besatzungszonen in Deutschland. Dass die Bodenreform als eigenständiges Vorhaben gesehen werden muss, dafür sind die drei baltischen Staaten wichtige Beispiele. Nach ihrer politischen Unabhängigkeit im Jahre 1919 führten alle drei baltischen Staaten vergleichsweise radikale Bodenreformen durch. Vor allem in Estland und Lettland gehörte einer zahlenmäßig sehr kleinen – im wesentlichen aus Deutschen bestehenden – Schicht von Größtgrundbesitzern der Großteil der Landesfläche. Ihre Güter hatten häufig einen Umfang von mehreren Tausend Hektar. Erst mit dieser Bodenreform entstand eine zahlenmäßig starke Schicht von Bauernhöfen, die dann eine wichtige Stütze beim Aufbau demokratischer Strukturen war. Zu der Radikalität der Bodenreform (den Großbetrieben verblieben nur 50 ha) hatte auch beigetragen, dass der Großbesitz zur Verteidigung seiner Interessen rechtsgerichtete deutsche

Freikorps ins Land gerufen hatte. Nach der erneut erkämpften Unabhängigkeit Anfang der 90iger Jahre knüpften die drei Staaten denn auch wieder an die Verhältnisse an, die im Rahmen der demokratischen Bodenreformen entstanden waren.

### Land für Flüchtlinge

Auch die Behauptung (in BS 3/S.3) „Während in den westlichen Besatzungszonen nur alles oberhalb dieser 100 Hektar enteignet und schon nach relativ kurzer Zeit wieder an die ursprünglichen Besitzer zurückgegeben wurde...“ stimmt in mehrfacher Hinsicht nicht. Es wurde nirgendwo „alles oberhalb“ 100 Hektar enteignet, sondern bei 100 ha begann eine – je nach Besatzungszone im Westen – unterschiedliche Landabgabepflicht, und für die Landabgabe gab es eine Entschädigung. Zwar versuchten Großgrundbesitzer mit allen rechtlichen und politischen Mitteln die Landabgabe zu behindern; allein in Schleswig-Holstein wurden über 30.000 ha Land im Rahmen der Bodenreform aufgebracht und vorzugsweise für die Errichtung von neuen Bauernhöfen für Flüchtlingsbauern genutzt.

### Bäuerliche Utopie

Ähnlich fehlerhaft ist die Aussage (in BS 5/S. 3) „alle sozialistischen Denker und Lenker“ hätten in ihren Weltentwürfen die Abfolge Bodenreform und Kollektivierung vorgesehen. Zwar trifft das für die große Mehrheit zu, aber eben nicht für alle. Hier sei beispielsweise an den hervorragenden russischen Agrarökonom Alexander W. Tschajanow und seine Bücher erinnert (u. a. „Reise ins Land der bäuerlichen Utopie“). Tschajanow wurde eines der Opfer der stalinistischen Schauprozesse. Seine Bücher sind für alle, die die Ökonomie von Bauernwirtschaften verstehen wollen, bis heute von sehr aktueller Bedeutung. Er ging von der Möglichkeit einer Kooperation zwischen bäuerlichen Betrieben und einem sozialistischen Staat aus.

### Wer profitiert?

So gut ich mir vorstellen kann, dass das in den drei Beiträgen beschriebene „Durchstechen“ alter Seilschaften vom Verkauf von BVVG-Flächen stimmt, so sehr frage ich mich auch, wer es denn sein soll, der statt der Seilschaften die Flächen bekommen soll? Gibt es nicht auch vorzugsweise aus Westdeutschland (und Westeuropa) stammende kapitalstarke Investoren, die sich das Land unter den Nagel reißen? Hier möchte ich auch die Einschätzung eines guten Kenners der ostdeutschen Verhältnisse wiedergeben. Er bezweifelt nicht die Gültigkeit eines Raumbeherrschungsanspruchs und auch nicht die Existenz alter Seilschaften, sieht aber darin auch den Versuch von Ostdeutschen, der überlegenen Finanzkraft westdeutscher (und

westeuropäischer) Investoren etwas entgegenzusetzen.

### Wer Land hatte wollte es nicht

Wenn schließlich behauptet wird (BS 5, S. 3), die alten LPG-Strukturen hätten sich nach 1990 erhalten, weil alle ostdeutschen Agrarpolitiker die Kollektivierung gut gefunden und weil die „Nomenklatura der SED“ nach der Wende weiter funktioniert hätten, so macht man es sich viel zu leicht. Vor allem in den ersten „Nachwende“-Jahren waren es vor allem die westdeutschen Agrarpolitiker, Agrarökonom und Verwaltungsfachleute, die die Richtung vorgeben! Außerdem: Wie viele andere auch habe ich während und nach den entscheidenden „Wende-Monaten“ viele Besucher aus Ostdeutschland gehabt, die ihren alten Grundbesitz zurücknehmen konnten und vor der Frage standen, was sie tun sollten. Vergleichsweise wenige von ihnen haben neu angefangen. Als Begründung von denjenigen, die ihr Land nicht selber wieder bewirtschaftet haben hörte ich immer wieder, sie hätten im Westen bei ihren Besuchen verstanden, dass zwar viel von „freien Bauern“ die Rede sei, in der Praxis aber Jahr für Jahr tausende Betriebe weichen mussten, ruiniert wurden. Betriebe, die viel bessere Ausgangsbedingungen hatten als sie mit ihren 15 oder 30 ha und den nicht mehr nutzbaren Altgebäuden. „Keine freie Fahrt für freie Bauern“ (Artikelüberschrift in BS 3, S. 3); das ist doch nur dick aufgetragener Pathos. Man vergleiche das doch bitte mit dem Leserbrief von Christian Thiel in der BS 4, S. 9. Da ist die Rede davon, dass die Bauernhöfe regelrecht durch das „System Markt“ von wenigen „Flaschenhalsbetrieben“ ausgeraubt werden können.

Es gab einen ostdeutschen Weg der Industrialisierung der Landwirtschaft, es gibt auch einen westdeutschen!

Onno Poppinga  
emeritierter Prof. des Fachgebiets Land-  
nutzung und regionale Agrarpolitik in Kas-  
sel



### Termühlens Boden-Invest

Bereits Tausende von Hektar Ackerfläche hat Bernhard Termühlen, Ex-Vorstandsvorsitzender des Finanzdienstleistungskonzerns MLP, inzwischen in Deutschland, Polen und Rumänien gekauft. Branchen-Insider sprechen von derzeit 10.000 ha. In der WELT begründet Termühlen dieses Investment mit der künftigen Wertsteigerung des knappen Ackerbodens bei weltweit steigender Nachfrage nach Lebensmitteln. Er lasse den Boden durch eigene Gesellschaften bewirtschaften, weil damit höhere Renditen als bei Verpachtung zu erzielen seien, im Durchschnitt 4 bis 6 %, in Ostdeutschland und Polen mit ihren billigeren Bodenpreisen häufig mehr, bis zu 10 %. Skeptisch äußert sich Termühlen zum Engagement von Investmentfonds in riskanteren Ländern mit fehlender Straßeninfrastruktur und fehlenden Trocknungs- und Lagermöglichkeiten und infolgedessen hohen Folgeinvestitionen. pm

### Weiterführende Literatur

Alexander W. Tschajanow  
„Reise ins Land der bäuerlichen Utopie“, Frankfurt 1981

Onno Poppinga  
„Bauernland in Junkerhand, Bodenreform in Hessen“, Kassel 1983

Günter J. Trittel  
„Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945-1949“, Stuttgart 1975

Walter Görlitz  
„Die Junker. Adel und Bauern im deutschen Osten“, Glücksburg 1956

## Auf der Flucht vor der Stadt

Die Existenz von Milchviehaltern wie Saidou Cisse wird in Burkina Faso immer wieder von der wachsenden Hauptstadt bedroht

Als Saidou Cisse (42) vor gar nicht langer Zeit morgens aus der Tür trat, ahnte er schon, dass er über Nacht ein armer Mann geworden war. Seine fünf Kühe standen nicht mehr neben der Hütte, wie sie es sonst immer getan hatten. Die Tiere hat er nie wieder gesehen. „Sie sind mir gestohlen worden“, sagt Cisse. Fünfzehn Liter Milch hätten sie in den besten Zeiten zusammen am Tag gegeben, die Milch für die Nachzucht abgezogen. Da hatte Saidou Cisse seinen kleinen Hof noch in Dassasgho, einem Stadtteil mitten in Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso.

### Städte werden zu Molochs

In Dassasgho stehen die Rinder unbeeindruckt von dem Stadtgetümmel um sie herum auf den Straßen. Die Bevölkerungszahlen in Burkina Faso steigen steil nach oben. Im Jahr 1965 lebten vier Millionen Menschen in dem westafrikanischen Land. Heute sind es knapp vierzehn Millionen. In den letzten Jahren hat sich die Einwohnerzahl in der Hauptstadt verdoppelt. An den Stadträndern fressen sich die kleinen Lehmhütten immer weiter in das Land rein. Eines Tages war auch Saidou Cisses Hof von der Stadt umzingelt. Jetzt lebt er mit seiner Familie in Yagma, etwa zehn Kilometer vom Stadtrand entfernt. Die Regierung und deutsche Hilfsorganisationen unterstützen ihn und viele andere Milchbauern bei der Umsiedlung. Cisse konnte mit seiner Frau und seinen fünf Kindern eine vier Quadratmeter große Lehmhütte beziehen. Er zahlt fünfhundert CFA-Franc im Monat. Soviel bekommt er für knapp zwei Liter Milch.

### Drei Liter pro Tier und Tag

Morgens um sechs Uhr beginnt langsam das Leben in dem neuen Dorf Yagma, in dem es keine Moschee, keinen Laden, keine Schule, keinen Dorfkern gibt. Ausschließlich Bauernhöfe. Djenèba Cisse (32), die Frau von Saidou, melkt die nachgezogenen oder neu angeschafften vier Kühe. Die Tiere werden nie angebunden oder eingezäunt. Beim Melken bindet sie die Hinterbeine zusammen und lässt als erstes die Kälber trinken. Dann hockt sie sich neben die Kuh und nach zehn Minuten sind rund eineinhalb Liter Milch in der Kalebasse. Ihr achtjähriger Sohn Mohamed und ihr Mann füttern den Kühen gemahlene Maiskolbenreste. Mit dem zugekauften Futter hält Saidou Cisse auch in der Trockenzeit, die fast acht Monate dauert, die

Milchleistung auf durchschnittlich drei Liter pro Tier und Tag. Überall im Land dürrt nach der Regenzeit die Prärie aus und irgendwann wird das Futter knapp. Das ist für viele Milchbauern der begrenzende Faktor in der Milchproduktion. Die traditionellen Hirtenvölker stellen langsam um auf die Milcherzeugung, da sie zunehmend sesshaft werden. Das Wissen und die Erfahrungen im Futteranbau sind oftmals noch nicht überall hin gedrungen. Saidou Cisse ist geschult: „Ich plane, künftig Heu zu machen.“

Noch vor acht Uhr kommt der Hirte wie an jedem anderen Tag und sammelt die Tiere im Dorf von mehreren Bauern zusammen. Er holt auch alle elf Rinder von der Familie Cisse ab und

len auf zwei Rädern durch die Savanne auf die Lehmhütte von Cisse zu. Ein junges Mädchen kommt mit dem Fahrrad aus Ouagadougou, um die Milch von diesem Hof abzuholen. Sieben Liter fließen in die Behälter auf dem Gepäckträger. Sie verkauft die Milch in vielen kleinen Portionen direkt in der Hauptstadt. Zweitausendachthundert CFA-Franc nimmt der Bauer am Morgen ein. Sein Vorteil gegenüber vielen seiner Kollegen in Burkina Faso, die tief im Land wohnen, ist die Nähe zum Absatzmarkt Stadt.

### Segen und Fluch in einem

Für einen Liter Milch erhält Cisse umgerechnet sechsundvierzig Cent. Überschlägt man die Einnahmen aus dem

Menschen sitzen an den Hauswänden in den kleinen Schattenecken oder in den kühleren Lehmhütten. Mit dem Abend kehrt auch das Leben zurück. Der Hirte bringt den Bauern ihre Tiere. Dann wird gemolken, gefüttert und getränkt. Anschließend kocht Djenèba Cisse Hirsebrei. Alle sitzen vor der Hütte auf kleinen Hockern oder Holzbänken zum Essen. Die Sonne rutscht schnell hinter den Horizont weg und die frühe Tropendunkelheit setzt ein. Es gibt nichts mehr zu tun. Die Dorfstraßen leeren sich. Währenddessen wächst Ouagadougou. Wenn es so weiter geht, dann wird die Hauptstadt auch Yagma umzingeln. Der attraktive Absatzmarkt ist für Saidou Cisse Segen und Fluch zugleich.

Berit Thomsen



Gemolken wird im Freien. Die Kühe bekommen die Hinterbeine zusammengebunden.

Foto: Dott

verschwindet mit dem Tross langsam im Busch. Er wird den ganzen Tag unterwegs sein. Die beiden ältesten der fünf Kinder, Oumou (10) und Mohamed, sind schon auf dem Weg zur Schule. Djenèba beginnt damit, immer wieder Hirse in eine Art Riesennörser zu stampfen, um daraus Hirsebrei für die Familie zu kochen.

### Milchabholung per Pedale

Zwei kleine bunte Plastikbehälter rol-

Milchverkauf, nimmt die Familie rund zweihundertsechzig Euro im Monat ein. Das reicht, um die Familie zu ernähren, Futter für die Tiere zu kaufen, Ärzte zu bezahlen, die Kinder in die Schule zu schicken. Liegen große Ausgaben an, dann verkauft Saidou Cisse ein Tier. „Wir sind zufrieden“, sagt er. „Aber wir haben auch keine Alternativen.“ Er möchte irgendwann eine größere Hütte haben und mehr Tiere. Tagsüber ist es heiß in Yagma. Die

Der Betrieb von Saidou Cisse wurde für die neue Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“ porträtiert, die von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Germanwatch und weiteren Partnern herausgegeben wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Fotoausstellung kann gegen Transportgebühren ausgeliehen werden. Infos: thomsen@abl-ev.de, 02381-9053172.

## Getreideparadies

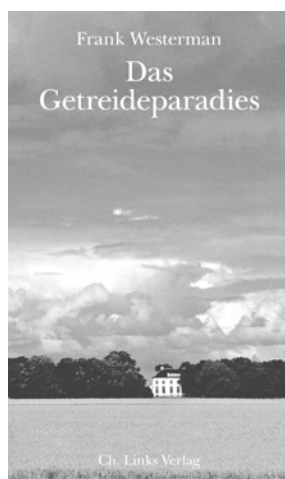
Kulturlandschaften schafft man langfristig – EU Landwirtschaftspolitik ändert sich kurzfristig.

In diesem Spannungsfeld zeigt Westerman am Beispiel der Heimat von Sicco Mansholt (erster EWG Kommissar der Landwirtschaft) den nunmehr fast 60-jährigen europäischen Landwirtschaftsdarwinismus auf. Mansholts Beweggründe seiner Veränderungen im jeweiligen Abschnitt seiner Ägide werden klar. Zuerst war es das hehre Ziel, den Hunger in Europa ein für alle Mal auszurotten. Das ist ihm gelungen. Seine einfache Erkenntnis: Der Weizenpreis ist Eckpreis für jedwedes landwirtschaftliche Erzeugnis. Er fixierte ihn auf hohem Niveau. Die Überproduktion ließ nicht lange auf sich warten. Aufkaufmassnahmen mit den damals noch unbekanntem Dumping-Instrumenten folgten. Dann der zweite Schwenk: Landwirte an der Überproduktion beteiligen! Dann der dritte: Flächenstilllegungen. Man erkennt salopp gesagt eine Politik, die wie der Bulle pisst: Mal links mal rechts. Es hat was vom Zauberlehrling! Am Lebensabend muss der bekennende Sozialist aus Bauernadel erkennen, dass er nur dem Paradigma des aufsteigenden Wirtschaftsliberalismus erlegen ist. Natur- und Landschaftsschutz wären die eigentlichen Ziele. Das war Anfang der Neunziger. 1992 starb Sicco Mansholt.

Durch dieses Buch habe ich erstmals verstanden, wie die EU und ihre Vorgängerinstitutionen tickten: Die Kommissare sind mehr oder minder ungewählte Volkstreter und im Falle von Mansholt mit persönlichen Beweggründen, die edel sind, aber mehr oder minder aus Traumata herühren. Ab seiner ersten Amtshandlung, der Fixierung des Weizenpreises, wurde dieser Mann von den Pendelausschlägen seiner eigenen Maßnahmen gejagt. Das ganze war ein Riesen-Experiment.

Hermann Osmers

*Das Getreideparadies, Frank Westerman, 320 Seiten, 27 Abb.(s/w), Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN: 978-3-86153-550-8, 19,90 Euro*



### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**  
bitte ankreuzen

Ausgabe:  2010  2009  2008  2007  2006  2005  2004  
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 € NEU!
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt,	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 13,90 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

### Eier- und Geflügeldaten

Nach dem Ende von CMA und ZMP hat nunmehr die neu gegründete „Marktinfo Eier & Geflügel“ (MEG) die Marktberichterstattung in diesem Bereich übernommen. Die MEG-Marktbilanz Eier und Geflügel 2009 – Deutschland – EU – Welt enthält vorweg kurze zusammenfassende Kommentare, Rückblicke und Kurz-Prognosen. Der ausführlichere Tabellenteil liefert Daten über Struktur, Produktion, Haltungsformen, Außenhandel, Preise und Marktorganisation. *MEG-Marktbilanz Eier und Geflügel, 204 Seiten, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart, 2009, 96,20 Euro.*

### Oben ist es still

„Ich habe Vater nach oben geschafft. Das Zimmer oben, mein Zimmer, hatte ich schon leergeräumt.“ Helmer van Wonderen ist Milchbauer, weil sein Vater es vor über 30 Jahren beschlossen hat. Nun ist der Vater alt und hilfsbedürftig, Helmer Mitte fünfzig und mit dem Zwangsumzug des Vaters aus der Stube fängt er an, sein Leben selbst zu bestimmen.

Unten verschwinden die Stickklappen und die Vorhänge von den Wänden und Gedanken über Sinn und Zweck von allmorgend- und abendlichem Bücken unter die Kühe ziehen ein.

Henk, der heißt wie Helmers toter Bruder und 18-jähriger Sohn von dessen Jugendfreundin ist, kommt als Knecht auf den Hof und wohnt oben, im Zimmer neben dem Vater. Helmer denkt an den Bruder, der eigentlich der Bauer hätte werden sollen, an den ehemaligen Knecht des Hofes, an Dänemark, das er mangels Urlaub nie besucht hat. Die Arbeiten auf dem Hof gehen weiter ihren Gang, doch für Helmer reift die Zeit für Veränderungen. „Oben ist es still“ ist ein Roman übers Sohn-sein und Bauer-sein und eigentlich eine tragische Lebensgeschichte. Trotzdem macht das Buch keineswegs schwermütig, weil die Betrachtungen des Ich-Erzählers oft trocken-komisch und skurril sind.

*Oben ist es still, Gerbrand Bakker, Suhrkamp Verlag (Taschenbuch), 2010, ISBN 978 3 518 46142 6; 9,90 Euro*



### Stallbau-Wegweiser

Die Broschüre „Wege zum neuen Stall“ beantwortet übersichtlich-knapp und doch relativ vollständig die Fragen, vor denen ein Landwirt vor dem Bau eines Stalles steht. Der Leitfaden hilft von der Projektidee und ihrer Überprüfung über das Antrags- und Genehmigungsverfahren bis zur Verwirklichung. Auch für Gegner von Agrarfabriken sind die Ausführungen zum BlmSchG-Verfahren (mehr als 15.000 Hennen oder Puten, 30.000 Masthühner, 600 Rinder, 1.500 Mastschweine, 560 Sauen) bietet die Schrift einen guten Überblick. Leider fehlen in dieser Ausgabe noch ausführliche Darlegungen zu Geruchsimmissionsrichtlinie, TA Luft und VDI-Richtlinien. en

*Wege zum neuen Stall, KTBL-Heft 85, 60 Seiten, 2009, KTBL, Darmstadt, 06151-7001-0, Fax -123, ktbl@ktbl.de, 9 Euro.*

## (Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de Anzeigenschluss für BS Juli+August 2010 ist am 17. Juni 2010.

### Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Reico-Produkte für Boden, Pflanze, Tier und Mensch. Z.B. Lieferung von Hunde- und Katzennahrung im ganzen Bundesgebiet, nach Österreich und Holland. Infos und Bestellannahme: Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

● Lieber, sehr gut erzogener Schäferhundrüde von privat in gute Hände abzugeben. ☎ 0251-39504748

### Hof und Arbeit

● Ackerbaubetrieb Öko mit Pferdehaltung am Stadtrand von Hannover bietet Teilzeitstelle mit Perspektive Vollarbeitsplatz/Beteiligung. ☎ 0511-2285312

● Praktikum im Weserbergland auf einem Bio-Bauernhof incl. Kost und Logis gesucht mit anschließender Möglichkeit zur dauerhaften Mitarbeit. Von: Lüneburger (35), Nichtraucher, Nichttrinker, ohne Führerschein, Bio-Lakto-Vegetarier. ☎ 01577-62 09 728



Land Grabbing: Gefahr für Ernährungssouveränität • Ausländische Investitionen als Entwicklungschance – ein Pro & Contra • Globalisierte Enteignung: Beispiele aus Afrika, Asien und Lateinamerika • Kleinbauern haben das Nachsehen: Der Widerstand formiert sich • Ukraine: Die Kornkammer Europas wird aufgeteilt • Landpolitik in Ostdeutschland: Die Großen werden bevorzugen

Es schreiben unter anderem Uwe Hoering, Arndt von Massenbach, Nnimmo Bassey, Thilo Hoppe, Carmina Flores-Obanil, Ute Straub, Roman Herre, Thomas Fritz, Christina Plank und Ulrich Jasper.

Juni 2010 • 48 Seiten • 3,50 € (zzgl. Versand) • INKOTA-netzwerk • Chrysanthemenstr. 1-3 10407 Berlin • Telefon: 030-4208202-0 • inkota-brief@inkota.de • www.inkota.de



## Füttern verboten?

15 Mio. Euro werden in Deutschland in jedem Winter für die Fütterung der Vögel ausgegeben. Für nur 2,20 Euro in Briefmarken bekommen Sie von uns einen Ratgeber, in dem Sie erfahren, wie Sie den Vögeln wirklich helfen.



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin  
Fax 030 275 86-440  
info@bund.net

www.bund.net

## Veranstaltungen

### Percy Schmeiser

01. Juni 2010, Gessertshausen und Kissing

Percy Schmeiser, kanadischer Farmer und Symbolfigur im Kampf unabhängiger Landwirte um ihre Rechte gegenüber multinationalen Konzernen kommt mit seiner Frau Louise in die Region Augsburg. Er berichtet eindrücklich über die falschen Verheißungen und Gefahren der Gentechnik und seinen letztlich erfolgreichen Widerstand gegen Monsanto. Am Nachmittag besuchen wir gemeinsam den Asamhof zum Thema heimischer Anbau von Futtermitteln als Alternative zu Sojaimporten.

14 Uhr, Asamhof, Hauptstr. 1, 86438 Kissing: Besichtigung der Aufbereitungsanlage, praktische Fragen zum Anbau von Soja und selbst erzeugten Leguminosen; 20 Uhr, Schwarzhalle, Am Sportplatz, 86459 Gessertshausen: Vortrag und Diskussion  
Kontakt und Rückfragen: Bündnis für eine gentechnikfreie Region Augsburg Stadt und Land, info@genfrei-augsburg.de; Andrea Eiter, Abl-Bayern, ☎0821-4540951

### Repowering von Biogasanlagen

02. Juni 2010, Jena

Das Fachgespräch zur Nachrüstung und Erweiterung und die parallel stattfindende Firmenausstellung bieten die Möglichkeit zum Austausch über innovative Technologien aus Wissenschaft und Praxis, die in der Lage sind, die Wirtschaftlichkeit von Vergärungsanlagen zu erhöhen.

Programm: www.biogas-zentrum.de/ibbk/termine\_information\_biogasfachgesprach.php  
Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), ☎ 07954 926-203, Fax: -204

### Potentiale für Bio-Produkte mit Regionalmarken

09. Juni 2010, Wiesbaden

Fach-Workshop für Naturkost-Groß- und Einzelhandel, Regionalinitiativen, Experten im Rahmen des Projektes „SynPro – Potentiale und Probleme der gemeinsamen Regionalvermarktung ökologischer und konventioneller Produkte“ Die Entwicklung des Bio-Marktes, speziell des Naturkostgroß- und Einzelhandels, sowie der vielfältigen regionalen Vermarktungsinitiativen in Deutschland, laufen seit Jahren weitgehend parallel ab. Wie Studien zeigen, werden regionale Sortimente im Naturkosthandel häufig nicht professionell präsentiert, und damit ein topaktuelles Marketingthema unzureichend genutzt.

Institut für ländliche Strukturforchung, Claudia Leucht, ☎ 069 77 50 01 od. 030 53091269, Fax. 069 777784, www.ifs.de

### Wege zur klimaschonenden Ernährung

10. Juni 2010, Stuttgart

Hersteller von Lebensmitteln werben auf ihren Produkten mit Begriffen wie „klimaneutral“, „klimafreundlich“... In manchen Werbeaussagen werden sogar konkrete Reduktionsziele versprochen. Aber bislang gibt es noch keine gesetzlichen Vorga-

ben, welche Anforderungen an das Prädikat „klimafreundlich“ zu stellen sind. In der Veranstaltung werden die Erfordernisse ebenso wie die Grenzen einer klimaschonenden Ernährung erläutert und diskutiert. Im anschließenden Workshop stehen Werbeaussagen „klimafreundlicher Lebensmittel“ auf dem Programm. Sie werden mithilfe von Leitfragen kritisch unter die Lupe genommen und auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft.

Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, www.uvm.baden-wuerttemberg.de, ☎ 0711 126-2816, Fax: -2893

### Nachhaltige Entwicklung der Oberrhein-Region.

11. - 13. Juni 2010, Bad Herrenalb

Bisheriges Wachstum ist durch eine beschleunigte Verdichtung mit der Folge steigenden Flächenverbrauchs, zunehmender Verkehrsprobleme und sozialer Anonymität verbunden. Wie lässt sich dagegen das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung mit dezentral gegliederten und organisierten Siedlungsräumen umsetzen? Die von BUND, eed und Brot für die Welt herausgegebene Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ bietet zu dieser Frage gute Ansatzpunkte.

Evangelische Akademie Baden, ☎ 0721 9175-356, Fax: -25-356, www.ev-akademie-baden.de

### Prinzip Nachhaltigkeit

11. bis 13. Juni 2010, Hofgeismar

Nachhaltigkeit ist die zentrale Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft. Hierbei spielen nicht nur politische, wirtschaftliche und technische Fragestellungen eine Rolle, sondern auch philosophische, theologische und ethische Reflexionen. Welches sind Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung? Wie lassen sich ökologische Verträglichkeit und weltweite Gerechtigkeit vereinbaren? Was bedeutete Gerechtigkeit angesichts des Klimawandels? Wie wollen wir leben? Ziel der Tagung ist es, die Debatten um Nachhaltigkeit und Umweltpolitik mit philosophisch-theologischen Fragestellungen zu verknüpfen.

Anmeldung: Ev. Akademie Hofgeismar, ☎ 05671 881-0, Fax: -154, www.akademie-hofgeismar.de

### Ökosystemare Leistungen

15. Juni 2010, Schneverdingen

Bodenfruchtbarkeit, Erosionsstabilität, Wasserreinigung und Wasserrückhalt sind ökosystemare Dienstleistungen, die durch die gesamte Biodiversität bereitgestellt werden. Sie sind ausschlaggebend für eine nachhaltige, klimagerechte Landnutzung und die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und Wasser.

Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, ☎ 05198 9890-70, Fax: -95, www.nna.niedersachsen.de

### Wem gehört das Schwein? Patente auf Lebewesen?

21. bis 23. Juni 2010, Loccum  
Das Schweinepatent hat die kontroversen Diskussionen um Biopatente erneut in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Auf der Tagung sollen u.a. Vergabemodalitäten und Folgen von Biopatenten diskutiert und ökologisch, ökonomisch und ethisch bewertet werden. Podiumsdiskussion mit: Christel Happach-Kasan, MdB, Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaftspolitik, FDP; Ulrike Höfken, MdB, Sprecherin für Ernährung und Agrogentechnik, Bündnis 90 / Die Grünen; Marcel Kouskoutis, Rechtsanwalt, Verband der Chemischen Industrie e. V., Deutsche Vereinigung Biotechnologie; Christoph Then, Tierarzt, Berater von Greenpeace und weitere Referenten  
Evangelische Akademie Loccum, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, www.loccum.de

### Fachseminar Biogas und Biomasseanlagen: Gaseinspeisung und BHKW-Betrieb

23. Juni 2010, München

Das EEG 2009 bietet in vielen Bereichen eine höhere Vergütung, ist aber auch deutlich komplizierter geworden und speziell die Boni sind an zahlreiche Bedingungen geknüpft. Das Seminar informiert zu Anlagenplanung und Anlagentechnik, Rechtsfragen bei der Nutzung von Biomasseanlagen, Wirtschaftlichkeit, Gaseinspeisung und Gasnetzzugang: Rechtsfragen, Gasaufbereitung und Gasnetzzugang: technische Aspekte, Eckpunkte für Substratlieferverträge.  
Gutachtergemeinschaft Biogas GmbH, ☎ 08161 8849-546 . Fax: -547, info@gg-biogas.de, www.gg-biogas.de

### BIOGAS Intensiv

05. bis 09.07.2010, Kirchberg/Jagst

Der in fünf Module untergliederte Qualifizierungslehrgang für Anlagenbetreiber findet von Montag bis Freitag (erstmalig) in der Neuen Festhalle in Kirchberg/Jagst statt. Es werden weitergehende detaillierte Hilfestellungen zur Qualifizierung von Anlagenbetreibern angeboten, die sich am momentanen Bedarf orientieren. Ziel der Schulung ist es, den Teilnehmern fundiertes Wissen zu vermitteln und ihnen zu ermöglichen, den Betrieb der Vergärungsanlage in mehrerer Hinsicht zu optimieren.

Programm: www.biogas-zentrum.de/ibbk/termine\_information\_biogasintensiv.php, IBBK Fachgruppe Biogas GmbH, ☎07954 9262-03, Fax:-04

### Brokkolipatent

20. und 21. Juli. 2010 München

Die öffentliche Anhörung zum Brokkolipatent findet im Europäischen Patentamt in München statt in der Großen Beschwerdekammer.

Ab 9.30 Uhr Platzvergabe nach dem Windhundverfahren. 11 bis 14 Uhr Demonstration vor dem Gebäude. Einen Tag zuvor ist eine öffentliche Konferenz geplant



## Lust auf Weide

### Die Weide gut für Mensch, Tier und Natur

Freitag, den 18. Juni 2010 ab 10.30 Uhr im Rahmen der Landesgartenschau 2010 auf dem Hof Zehentner in Hofau, 83071 Stephanskirchen

10.30 Uhr „*Wirtschaftliche und soziale Aspekte der Weidehaltung*“  
Referent: Siegfried Steinberger von der Landesanstalt für Landwirtschaft

12.00 Uhr *Bedeutung des Grünlandes für den Klima- und Umweltschutz* Referentin: Marion Ruppenner, Bund Naturschutz in Bayern e.V.

13.30 Uhr „*Die Faire Milch*“ Referent: Niedermaier Jakob, BDM

14.00 Uhr Kurzreferate (15 Min.): Dieter Jung, Slow Food Chiemgau  
Richard Müller, Naturfleisch Chiemgau GmbH

Vorstellung der Aktion „*Weidehaltung braucht Lobby*“ durch Ute Gasteiger, Vorsitzende der AbL-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach

Hofau kann auch vom Gartenschaugelände aus mit der Platte über den Inn erreicht werden.

[www.abl-bayern.info](http://www.abl-bayern.info)



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61  
03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215  
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215  
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

### Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;  
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;  
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;  
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;  
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

### Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218  
Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein, Tel.: 06558/8621, Fax: 06558/900128, e-mail: bnworm@t-online.de, www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz\_jochen@web.de  
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

Landesverband: Edith Liersch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039  
Fax: 967654  
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info  
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Remmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de  
Regionalgruppe Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel./Fax.: 08803-488446, Martha.Lindauer@web.de  
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel./Fax: 09265/7198  
Regionalgruppe Erding – Ebersberg, Sekretariat Hans-Jürgen Schlaak, Hochstraße 42, 84424 Isen, Telefon / Fax: 08083 9225, E-Mail: abl@schlaak-isen.de

### Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,  
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,  
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel.: hanna.bes@gmx.de

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,  
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg  
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 91,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 126,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 36,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Von Bauern und Bäuerchen



Oh, hast Du ein schönes Bäuerchen gemacht!“ Diese wunderbaren Worte stammen meist aus den Mündern begeisterter Eltern, wenn der kleine Sprössling nach einer ordentlichen Mahlzeit das ersehnte „Börb“ von sich gibt. Als junge Mama habe ich mich schon öfter gefragt, weshalb heißt es eigentlich Bäuerchen? Wo ist der Zusammenhang zwischen Rülpsen und dem ehrenwerten Beruf des Bauern? Der Ursprung findet sich wahrscheinlich im 19. Jahrhundert, als der Adel begann, sich vom Bauernstand abheben zu wollen. Was zuvor erlaubt und allseits praktiziert wurde, nämlich bei Tische zu rülpsen und zu furzen, galt nun als rüpelhaftes und ungehobeltes Benehmen des Bauern, der keine Manieren kennt. Doch der aufgeblasene Adel tat sich damit keinen Gefallen. Denn jeder, der schon einmal seinem Bäuerchen die Freiheit geschenkt hat, weiß um die erleichternde Wirkung. Bäuerchen sind zudem entscheidend für die gute Laune der Kleinkinder und die Nachtruhe der Eltern. Ist es nicht schön, mit dieser Befreiung in Verbindung gebracht zu werden? Der eigene Beruf steht „Pate“ für etwas, das das innere Gleichgewicht der Kinder wiederherstellt. Anders ist es bei Erwachsenen oder älteren Kindern,

die es nur noch heimlich hinter vorgehaltener Hand oder möglichst lautlos tun. Hier nennt man es dann auch nicht mehr Bäuerchen oder gar Bauer, sondern Rülpsen. Anders als der Rülpsen ist das Bäuerchen also gern gehört und gewollt. Wie kommt es eigentlich, dass Rülpsen bei Älteren verpönt ist? Eine Erklärung liefert sicher der Knigge: In Gesellschaft gehört es sich einfach nicht, durch solche Geräusche oder mit schlechtem Atem die Mitmenschen zu belästigen. Und das, obwohl es doch trotzdem jeder tut. Selbst die Queen wird wahrscheinlich in unbeobachteten Momenten nach einem Schluck Sprudelwasser ein kräftiges Bäuerchen genießen. Doch in der Öffentlichkeit bleibt es weiterhin verpönt. Und so kommt es, dass einige Menschen sich



immer weiter aufblasen und die Bäuerchen kontrollieren wollen. Ihre Unterdrückung kann jedoch zu gesundheitlichen Problemen wie starkes Herzklopfen, Hitzewallungen und Kurzatmigkeit führen. Vielleicht sogar zu europaweiten Milchstreiks? Nicht nur Politiker kämpfen in der Öffentlichkeit gegen Bäuerchen an, die sich zu unbequemen Zeiten zu Wort melden. Auch den Kühen will man jetzt mit



Fotos: Herzog

Antibäuerchenmitteln in die Mägen. Die entweichenden Gase im Stall oder auf der Weide, vorzugsweise Methan, tragen laut Klimaforschern zum Klimawandel bei. Daher arbeitet die Universität Hohenheim in Stuttgart an einer Tablette für Kühe, die die Methanproduktion im Pansen um 20 Prozent senken soll. Auch australische Wissenschaftler beschäftigen sich mit Kuhbäuerchen. In Perth wurde ein Impfstoff entwickelt, der methanbildende Mikroorganismen im Kuhmagen verändern soll. Bisher ist dieses Vorhaben allerdings mit wenig Erfolg gekrönt. Lediglich 8 Prozent weniger Methanbildner konnte eine Impfung erwirken. Bäuerchen lassen sich also nicht so leicht unterkriegen. Warum auch? Wo wir sie doch alle brauchen und insgeheim genießen. *mh*

## **unabhängige Bauernstimme: für Groß und Klein**

06/2010

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
 oder Fax 02381 / 492221